

Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 25

Duisburg, den 21. Juni 1930

31. Jahrgang

Notopfer, Staatsfinanzen und „wohlerworbene Rechte“

Es ist eine der bedauerlichsten Erscheinungen im deutschen Gesellschaftsleben, daß Schichten, denen es auch heute materiell sehr gut geht, anfangen zu klagen, ja, sich empört gegen die „Zumutungen“ wenden, wenn man auch von ihnen ein kleines Opfer zur Milderung der Arbeitslosigkeit verlangt. Das Wort „Notopfer“ scheint auf manche Schichten wie ein rotes Tuch zu wirken. So hat der Landesverband der höheren Beamten Sachsens am 7. Juni ein Telegramm an den Reichskanzler gesandt und ist mit folgenden Worten Sturm gegen das Notopfer gelaufen:

„Wir erheben Einspruch gegen die unerhörte Belastung, die eine gerechte Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Beamenschaft vermissen läßt und mit der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen ist. Zugleich erinnern wir an unsere jahrelangen von der Reichsregierung wiederholt anerkannten Opfer in der Inflations- und Nachinflationszeit.“

Es wäre schade für die Tinte, wenn man an solche Worte noch Bemerkungen anknüpfen wollte. Sie richten sich selbst. Man hat mancherorts rühmend hören, daß in Sachsen in der höheren Beamenschaft viele Sozialisten vertreten seien. Es wäre interessant, zu erfahren, wie sie sich wohl zu einer solchen Stellungnahme verhalten.

Wir möchten aber nicht unterlassen, ehrend darauf hinzuweisen, daß der Katholische Lehrerverband sich ausdrücklich noch in den letzten Tagen für ein Notopfer ausgesprochen hat.

Alle die jetzt spielenden Fragen, die ja nicht zuletzt Finanzfragen des Reiches, der Staaten und Kommunen sind, zwingen uns, näher auch auf die Beamtenfragen einzugehen. Wir möchten an den Anfang das Wort setzen, daß die christliche Arbeiterschaft Beamtentum und Beamtenwirken nicht gering einschätzt, sondern in ihnen notwendige und sehr wertvolle Funktionen im gesellschaftlichen und sozialen Leben erblickt. Es wäre ungerecht, wenn man die Beamenschaft, weil sie eine mehr verwaltende Tätigkeit ausübt, deshalb etwa unter die Lage der produktiven Schichten heruntergesetzt sehen wollte. Die Beamenschaft muß durchaus gleichberechtigt dastehen mit allen anderen Schichten des Volkes.

Das zu betonen, sollte eigentlich nicht notwendig sein; aber wenn wir die Gleichberechtigung der Beamenschaft mit den anderen Schichten scharf herausheben, wollen wir damit auch zum Ausdruck bringen, daß wir eine Ueberberechtigung der Beamenschaft und eine vielseitige Bevorzugung besonders der höheren Schichten des Beamtentums für eine wirtschaftlich und national außerordentlich bedenkliche Angelegenheit halten. Wir haben die heutige Finanzmisere nicht zuletzt jener über-eilten und in ihren Auswirkungen wesentlich den höheren Beamten-schichten zugute gekommenen Gehaltsaufbesserung von 1,5 Milliarden Reichsmark im Jahre 1927 zu verdanken. Aber dabei allein ist es ja gar nicht geblieben. Diese neue Beamtenbesoldungsverordnung kostet viel mehr, als man zu-

nächst angenommen hatte. In dem kleinen Württemberg, einem Lande, das im allgemeinen gut wirtschaftet, wirkt sie sich im neuen Etat in einer Mehrsteigerung von 1,1 Millionen Reichsmark aus. Trotzdem setzte der Beamteneinfluß weitere Stellen und Höhergruppierungen mit einem Anfangsmehrgelalt von über 125 000 RM durch, die den mittleren und höheren Gruppen zugute kommen. In den anderen Ländern und im Reich dürfte die Beamtenbesoldungsverordnung noch ganz andere Auswirkungen gezeitigt haben. Aber wozu sind denn Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibende, Unternehmer da, wenn sie keine Steuern bezahlen sollten?

Nun vergegenwärtige man sich, daß die Regierung Brüning innerhalb weniger Wochen gezwungen war, 1250 Millionen Reichsmark Steuern und Ausgabenbeschränkungen machen zu müssen, wenn das Reich nicht seinen Bankrott anmelden sollte. Diese 1250 Millionen Reichsmark sind der Gradmesser für die finanzpolitische Unfähigkeit der Finanzminister der letzten Jahre, vor allem des sozialistischen Finanzministers Silberding. Mancher seiner Freunde wird damals schon geseufzt haben. Wärest du doch lieber Arzt in Wien geblieben! — Aber die Wiener Aerzte würden wohl darauf erwidert haben: Dann noch besser deutscher Reichsfinanzminister! Der gleiche Herr Silberding hat aber die „Bescheidenheit“, die Versuche Brünings, das von einem sozialistisch geführten Kabinett mit verschuldete Defizit zu decken, mit häßlichen Glossen zu versehen. Das Kabinett Brüning hat die zwar ehrenvolle, aber äußerst schwierige und undankbare Aufgabe, seinen Stall auszumisten. Man darf nur gespannt sein, wie der Staatsmann Breitscheid und der Staatsmann Zugenberg sich zu dieser Reinigung verhalten.

Mitten hinein schlägt nun die Forderung nach einem Notopfer. Die Form, in der es bisher von der Regierung vorgelegt wurde, erscheint aus manchen innerpolitischen Gründen heraus verständlich, aber wir dürfen hinzufügen, daß sie trotzdem für breiteste Volksschichten eben nicht sehr verständlich ist. Wir halten es nicht für gerechtfertigt, das Notopfer nur auf die Gehälter, nicht aber auf die sonstigen Einkommen zu legen. Die schnellere Greifbarkeit der ersteren dürfte nicht der Grund sein, auf die andern zu verzichten. Wir halten auch die Cantlemen und die Einkünfte von Rechtsanwälten, Ärzten und Gewerbetreibenden für außerordentlich geeignet für ein Notopfer. Das Notopfer soll eben ein Volksoffer sein, von dem keine Schicht ausgenommen werden darf.

Die schlechte finanzielle Lage von Reich, Ländern und Gemeinden und die außerordentlich hoch gestiegene Steuerlast ist nicht zuletzt zurückzuführen auf eine Uebersteigerung des Beamtentums und seiner Ansprüche. In einer Zeit, in der alles labil ist und schwankt, in der Millionen Arbeiter große Akkordreduzierungen auf sich nehmen, in der Zehntausende

von Betrieben sich Einschränkungen aller Art gefallen lassen müssen, Millionen von Arbeitslosen kaum von einem Tag zum andern kommen können, da tönt einem immer wieder das Wort entgegen: „Wohlerworbene Rechte“. Es ist eine bedenkliche Kurzsichtigkeit, ein solches Wort in einer solchen Notzeit zu gebrauchen, in der ein gewisser freiwilliger Verzicht viel mehr erreichen als ein starres Festhalten ermöglichen kann. In diesem starren Festhalten liegt nämlich die Gegnerschaft gegen ein Notopfer, und eine solche „Politik“ weiter fortgeführt, könnte Ereignisse politischer und parlamentarischer Art heraufbeschwören, die auch wir nicht als im Interesse der Beamenschaft liegend ansehen möchten. Schon ist das Wort von der Aberkennung des passiven Wahlrechts für Beamte selbst in großen Zeitungen gefallen. Es könnte Wahrheit werden, wenn nicht Klugheit und Einsicht durch die Beamenschaft dem vorbeugen. Denn auf die Dauer würde sich auch die Arbeiterwählerschaft der größten, der sozialistischen Partei nicht einseitig zugunsten der Beamteninteressen von ihren Führern leithammeln lassen.

„Wohlerworbene Rechte“ soll man verteidigen, wenn es Sinn und Vernunft hat. Was in guten Tagen erungen, kann nicht in allgemeinen Krisenzeiten als gegeben und als Dogma angesehen werden. Und aus welcher Zeit sollen diese „wohlerworbenen Rechte“ gelten? Etwa aus der Vorkriegszeit her? Da war es „wohlerworbenes Recht“ des Beamten, sich großzuhungern und sein politisches Recht durch einen Orden ersetzt zu bekommen. Das war jahrzehntelang „wohlerworbenes Recht“. Aber das hat die Beamenschaft nach der Revolution schleunigst an den Nagel gehangen. Wir machen ihr keinen Vorwurf daraus. Aber ebensowenig wie damals die „wohlerworbenen Rechte“ Bestand hatten, ebenso wenig kann das heute Gültigkeit haben. Ein „wohlerworbenes Recht“ ist das Recht auf Existenz, auf politisches und soziales Recht. Aber ein „wohlerworbenes Recht“ auf Bevorzugung kann ein Volk einer einzelnen Schicht nicht gewähren, wenn es nicht sich selbst in zwei Teile spalten will. Dabei ist der niedere Beamte von dieser Kutznießung meistens ausgeschlossen.

Die Beamtensteigerung und damit verbunden die Gehaltssteigerungen haben Ausgaben verursacht, an deren Einschränkungen das deutsche Volk lebhafter als je interessiert ist. Wir wollen an dieser Stelle die Ausgaben eines kleineren deutschen Staates, und zwar Land, Gemeinden und Gemeindeverbände, aufzeigen. Dabei sind die Ziffern im Verhältnis zu anderen deutschen Staaten noch nicht einmal „überwältigend“. Die Etatsjahre 1913/14 und 1926/27 stellen wir dabei in Parallele und führen nur die persönlichen Ausgaben (Gehälter und Vergütungen sowie Versorgungsgebühren einschließlich Hinterbliebenenbezüge) einiger hauptsächlichster Kategorien ausschließlich Arbeiterlöhne an (in Goldmark):

	1913/14:	1926/27:
Allgemeine Verwaltung (oberste Staatsorgane, Volksvertretung, innere Verwaltung und allgemeine Verwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände)	4 448 000	9 665 000
Staats- und Rechtspflege (Polizei, Gerichte, Strafvollzug)	7 962 000	20 774 000
Schulwesen (Schulverwaltung, Volks-, Fortbildungs-, mittlere, höhere Schulen, Fachschulen, sonstige Schulen)	17 610 000	35 720 000
Wissenschaft, Kunst (Hochschulen, Theater, Konzertwesen, Sonstiges)	1 847 000	7 809 000

Dazu kommen noch für diese Kategorien Zuschüsse und Unterstützungen wirtschaftlicher und sozialer Art im Jahre 1913/14 von 233 000 und 1926/27 von 799 000 Mark.

Man kann nicht behaupten, daß Staat, Gemeinden oder Gemeindeverbände Kleinliche Arbeitgeber wären, — nun, es lassen sich ja auch leicht aus anderer Leute Leder Kleinen schneiden. Ein Treppenwitz der Weltgeschichte ist, daß allein

die Ausgaben für den $\dagger\dagger\dagger$ Parlamentarismus oder die Volksvertretung gesunken sind von 132 000 auf 75 000 Mark.

Zur Abrundung der Bilder mögen die Darstellungen zweier süddeutscher Staaten beitragen über die Zahl der Pensionäre und der Pensionen von 1913/14 und von 1930, soweit im Etat Pensionen vorgesehen waren:

Staat Hessen.

Die Zahl der Pensionäre:

	1. 4. 1914:	1. 1. 1930:
Beamte im Ruhestand	582	2129
Wartegeldempfänger	—	32
Lehrer im Ruhestand von 1913 kann nicht ermittelt werden		
Witwen	1051	2217
Waisen	—	445
Witwen und Waisen von Lehrern 1913 kann nicht ermittelt werden		

Ferner: Empfänger von jährlichen Unterstützungen 418 484

Die Gesamtsummen, die für Pensionen im Etat eingelegt sind:

	1913:	1930:
Ruhegehälter u. Wartegelder	2 445 989 M	10 630 000 RM
Hinterbliebenenversorgung	1 094 440 "	5 200 000 "
Unfallfürsorge	88 400 "	220 000 "
jährliche Unterstützungen	70 034 "	220 000 "
einmalige Unterstützungen	—	62 500 "

Staat Württemberg.

Die Zahl der Pensionäre:

	1913:	Januar 1930:
Beamte im Ruhestand	1902	3017
Wartegeldempfänger	17	120
Witwen	2289	3378
Waisen	869	888

zusammen:

Ferner: Empfänger von jährlichen Unterstützungen rd. 2150 600

Die Gesamtsummen, die für Pensionen im Etat eingelegt sind:

	1913:	1930:
	7 357 255 M	24 005 000 RM
Davon entfallen auf:		
Ruhegehälter	3 990 943 "	13 500 000 "
Hinterbliebenenversorgung (einschl. Sterbenachgehälter)	2 405 075 "	8 700 000 "
Wartegelder	24 474 "	570 000 "
Unfallfürsorge	54 381 "	125 000 "
jährliche Unterstützungen	816 838 "	680 000 "
einmalige Unterstützungen	65 544 "	80 000 "
Versorgungen und Unterstützungen von früheren Hofbeamten und deren Hinterbliebenen	—	350 000 "

Man ist erstaunt und überrascht, wenn man liest, daß die Ruhegehälter im Staate Hessen gestiegen sind von 2,4 auf 10,6 Millionen = 430% und in Württemberg von 3,9 auf 13,5 Millionen = 340%. Die Zahl der Beamten im Ruhestand hat sich ja auch beträchtlich gesteigert, nicht zuletzt durch die Festsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre. Auch die Zahl der ständigen Beamten (ohne Polizei) hat sich stark vermehrt. Im Staate Hessen von 3488 in 1914 auf 4609 in 1930, und in Württemberg von 12 543 auf 14 786. Also überall Steigerung, während in der Industrie infolge Rationalisierung eine bedeutende Vereinfachung zu verzeichnen ist.

Wir haben Hessen und Württemberg angeführt, nicht etwa, weil sie die belastetsten Staaten wären, sondern als Staaten, deren Finanzwirtschaft im allgemeinen, an deutschen Verhältnissen gerechnet, als gut bezeichnet werden muß. In anderen deutschen Staaten sieht es viel trostloser aus. Wenn aber schon die „Spitzenreiter“ solche Ausgaben haben, wie mag es dann erst bei den anderen aussehen?

Die christlichen Gewerkschaften zur gegenwärtigen Lage

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hielt am 11. und 12. Juni in Düsseldorf eine von Vertretern aller Verbände besuchte Tagung ab, auf welcher insbesondere die gegenwärtige Wirtschaftslage Gegenstand der Erörterung war. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß alles geschehen muß, um der großen Arbeitslosigkeit Herr zu werden, und daß es vor allem auch Aufgabe der Gewerkschaften ist, daran mitzuarbeiten, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern. Die christlichen Gewerkschaften, die den Arbeitsgemeinschaftsgedanken bejahen, begrüßen und unterstützen die Bemühungen, durch gemeinsame Arbeit der Arbeitgeber und der Gewerkschaften die schwierige Gesamtlage überwinden zu helfen. Gegen die von einigen Kreisen vertretene Auffassung, daß der Abbau der Löhne das Mittel sei, um die Arbeitslosigkeit zu beheben, müssen sich die christlichen Gewerkschaften nachdrücklich wenden. Sie sind bereit, an einer Senkung der Produktionskosten der Wirtschaft mitzuarbeiten, vor allem in der Richtung einer Senkung der durch den überspannten staatlichen Verwaltungsapparat bedingten öffentlichen Lasten und einer wesentlichen Herabsetzung der Preise, insbesondere durch Verminderung der zu hohen Preisspannen im Handel und der zu hohen Zinsfüße. Nach wie vor ist für die Stellung und das Wollen der christlichen Gewerkschaften die Gesundung der

Wirtschaft und die Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Volksschichten das Entscheidende.

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften brachte des Weiteren zum Ausdruck, daß der derzeitigen großen Arbeitslosigkeit und Not weiter Volksschichten nur mit außerordentlichen Maßnahmen begegnet werden könne. Insbesondere müsse die Arbeitslosenversicherung durch besondere gesetzliche Maßnahmen leistungsfähig erhalten bleiben. Mit Bestremden stellen die christlichen Gewerkschaften den Mangel an wirklicher Gemeinschaftsgeföhrnung in weiten Kreisen unseres Volkes fest, der insbesondere auch in dem Widerstand gegen das von der Regierung angekündigte Notopfer zum Ausdruck kommt. Angesichts der Not von Millionen deutscher Volksgenossen sollte die Leistung eines Notopfers von allen in gesicherter Stellung sich Befindenden eine Selbstverständlichkeit sein.

Der Vorstand beschloß, daß die Angestellten der christlichen Gewerkschaften neben den gewerkschaftlichen Sonderbeiträgen und über ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung hinaus ein weiteres Notopfer bringen, um die Mittel der Arbeitslosenfürsorge ihrer Verbände zu stärken. Die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Angestellten in öffentlichen Diensten werden aufgefordert, in gleicher Weise zu handeln.

Nicht außer acht gelassen werden darf auch die Frage des Urlaubs. Durch die nach der Revolution erfolgte Neuordnung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse ist ein gesetzlicher Urlaubsanspruch zugestanden worden, der für den planmäßigen preußischen Beamten folgendermaßen aussieht:

Bes.-Gruppe	bis 30 Jahre von 30—40 J. über 40 J.		
	Tage	Tage	Tage
10—12	21	24	28
4b—9	24	28	31
2—4b (mit Zul.)	28	31	35
1 und höher	35	38	42

Die Urlaubszeiten für nicht planmäßige Beamte, für Beamte im Vorbereitungs- und Probendienst usw. sind kürzer.

Der Erholungsurlaub der planmäßigen Beamten des Deutschen Reiches und der Deutschen Reichs-Post beträgt bis zu 30 Jahren je nach der Besoldungsgruppe 16 bis 29 Tage, im Alter von 30 bis 40 Jahren 21 bis 37 Tage und im Alter über 40 Jahre 28 bis 42 Tage. Auch hier tritt für außerplanmäßige usw. Beamte eine geringe Kürzung ein. Der Erholungsurlaub für die Angestellten ist nach einer Dienstzeit von 5 Jahren im großen und ganzen dem der Beamten gleich. Der Urlaub der Reichsbahn beträgt bei den planmäßigen Beamten im Alter bis zu 30 Jahren von 14 bis 21 Tagen; im Alter von 30 bis 40 Jahren beträgt er 17 bis 26 Tage, über 40 Jahre alte Beamte haben Anspruch auf Urlaub von 21 bis 35 Tage. Die Länder regeln den Erholungsurlaub ihrer Beamten und Angestellten selbständig. Die Gemeinden schließen sich fast überall bei der Gewährung des Erholungsurlaubs ihrer Landesregierung an.

Wir wollen gar nicht erst die Frage aufrollen: Wieviel Tage Urlaub erhält demgegenüber der Arbeiter von 55 Jahren in der Industrie? Durchschnittlich kommt er über 6 Tage nicht hinaus. Und dann auch nicht auf Grund eines gesetzlichen Anspruchs, sondern des für ihn geltenden Tarifvertrages. Glaubt ein Mensch, daß sich solche riesenhaften Unterschiede zwischen zwei Schichten auf die Dauer erhalten lassen, ohne daß eine sehr scharfe Stimmung aufkommt? Unsere Forderung geht nach einer besseren Regelung des Urlaubs für alle Schichten; zum mindesten muß der Urlaub für ältere Arbeiter erhöht und der Urlaub für Beamte auf ein für die Volkswirt-

schaft erträgliches Maß gebracht werden. Auch da ist eine Rationalisierung außerordentlich notwendig. Es wäre auch interessant, festzustellen, wie hoch im Durchschnitt die Fehltagelänge der Beamten infolge Krankheit sind. In einer Landesversicherungsanstalt Süddeutschlands wurde vor kurzem festgestellt, daß pro Beamten im Durchschnitt und Jahr 27 Fehltage infolge Krankheit und 28 Fehltage infolge Urlaubs vorhanden waren. Die Zahl der Krankheits-tage war also fast doppelt so hoch, wie sie im Durchschnitt bei der Krankenversicherung zu verzeichnen sind. Wir wollen hier nicht untersuchen, welche Wirkung Umfang und Art der Notstandsbeihilfen, nach der auch Sonderauslagen bei Krankheit bis zu 60% vergütet werden, nach sich ziehen.

Wie sich solche Einrichtungen mit dem Finanzelend von Reich, Ländern und Kommunen, der Steuerlast und der allgemeinen Wirtschaftskrise vereinbaren lassen, mag nicht zweifelhaft für diejenigen sein, die Staat und Kommune als ihre Domäne ansehen, wohl aber für diejenigen, denen das Wohl der Nation am Herzen liegt. Es hat sich eine Meinung unter der höheren Beamtschaft vor allem herausgebildet, die dahin geht: „Beabsichtigte Kürzungen der Beamtenegehälter sind auch durch eine finanzielle Notlage des Staates, d. h. ein angebliches Staatsnotrecht, nicht begründet.“

Dahin wird das deutsche Volk seinen Angestellten, nämlich den Beamten, denn doch nicht folgen können. In einer Zeit, in der man es als selbstverständlich ansieht, vom Arbeiter, ja vom Arbeitslosen sogar noch Opfer zu verlangen, da stehen vor allem die führenden Beamtschichten auf dem Standpunkt: Sicher, Opfer müssen gebracht werden, aber die anderen mögen sie bringen.

Was die christlichen Metallarbeiter verlangen, ist folgendes:

Das Notopfer muß sobald als möglich kommen, und zwar umgelegt auf alle Einkommen.

Es muß eine bessere Gruppierung der Rechte erfolgen. Die unproduktiven Schichten dürfen nicht eine solche Bevorzugung gegenüber den produktiven Schichten erfahren, wie es heute der Fall ist.

Der Personalhaushalt ist zu kürzen, die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden sind zu vermindern und ein Besoldungsperrgesetz ist sofort durchzuführen.

Nur Senkung der Eisenpreise?

II



Die Wirkungen, die in der vorigen Nummer für eine Eisenpreissenkung angedeutet worden sind, würden in weit beträchtlicherem Ausmaße eintreten, wenn alle Preise gesenkt, mindestens aber diejenigen radikal abgebaut würden, die das allgemeine Preisniveau erheblich überschreiten. Die Preispolitik in ihrer Gesamtheit muß jetzt zur Debatte gestellt und in den richtigen Kurs geleitet werden. Noch herrscht in den Preisverhältnissen große Unordnung vor, die in hohem Maße den ungesunden Zustand unserer Wirtschaft und unsere Arbeitslosigkeit mit verschuldet.

Die vom Statistischen Reichsamt berechnete Großhandelsindexziffer stand am 30. April 1930 für Agrarstoffe auf 112,0, für industrielle Rohstoffe und Halbwaren auf 124,3, für industrielle Fertigwaren auf 151,8. Der Baukostenindex stand im April 1930 noch auf 170,8.

Es fördert unsere Betrachtung und das Ziel, das erreicht werden muß sehr, wenn wir an dieser Stelle bereits einige weitere Beispiele für die Preis-anarchie anführen, die bei uns in Deutschland tatsächlich besteht. Die Indexziffer der Großhandelspreise stand am 30. April 1930 für

Kohle auf	135,6,
Eisenrohstoffe und Eisen	128,2,
Metalle (außer Eisen)	93,1,
hingegen für Baustoffe beispielsweise auf	156,8.

Von den Baustoffen standen im besonderen

Mauersteine	in Berlin auf	206,0,
Dachziegel	" " "	187,4,
Balken	" " "	148,3,
Kanholz	" " "	145,8,
Schalbretter	" " "	158,5,
Stammbretter	" " "	150,0.

Auch die Indexziffer für industrielle Fertigwaren stand auf 151,8.

In diesen großen Preisunterschieden steckt ein wesentlicher Grund für die tiefgreifenden Störungen, unter denen unsere Volkswirtschaft in so hohem Maße leidet. Hand wird von Hand gewaschen, sagt ein altes Sprichwort. Wer für seine Leistungen unzulänglich, d. h. erheblich niedriger bezahlt wird als es der allgemeinen Preislage entspricht, kann an einem normalen Verbrauch eben nicht teilnehmen. Und — wer Preise künstlich über die allgemeine Kaufkraft hinaus steigert, kann nicht ausreichenden Absatz für seine Erzeugnisse finden. In dieser Preis-anarchie sind also viele volkswirtschaftliche Störungen und Störungen begründet.

Das Kernstück der zukünftigen Preispolitik muß infolgedessen darin liegen, unter allen Umständen zu verhüten, daß die Stärke der Kaufkraft und die Rentabilitätsgestaltung der Landwirtschaft lediglich oder auch nur überwiegend durch Preiserhöhung landwirtschaftlicher Erzeugnisse vor sich gehe. Noch sind keinerlei Befürchtungen begründet, noch ist das Teuerungs-geschwäch falsch. Dennoch ist es gefährlich. Jede Verteuerung muß unter allen Umständen vermieden werden. Eine weitere Lebensmittelverteuerung würde neue Lohnbewegungen auslösen, die ihrerseits wiederum das Emporkommen der Wirtschaft beeinträchtigen würden.

Das Unhaltbare der Preisentwicklung in Deutschland liegt in der großen Spanne zwischen Agrar- und Industriepreisen. Der Ausgleich muß infolgedessen dadurch herbeigeführt werden, daß eine Senkung der Preise überall erfolgt, wo sie das durchschnittliche Preisniveau erheblich überschneiden. Das gilt im allgemeinen von den Preisen industrieller Fertigwaren, vor allem aber von den Baukosten.

Das Opfer, das ein Teil der Arbeiter der Eisenindustrie zugunsten des Preisabbaus bringt, muß um so höher bewertet werden, als der Eisenpreis bei einem Index von 128,2 beträchtlich unter dem allgemeinen Preisniveau liegt. Senkung der Fertigwarenpreise, vor allem auch der Baukosten, ist von entscheidender Bedeutung für die notwendige Anpassung und Gleichung an das allgemeine Preisniveau. Geschieht das nicht, so ist der Eisenpreisabbau ein Schlag ins Wasser, und eine Belebung der Konjunktur dürfte dadurch wieder illusorisch werden.

Das wichtigste Angriffsobjekt für weitere Preisermäßigungen müssen die Baustoffe und Baukosten sein. Das bestätigt auch der „Vorwärts“, der in Nummer 232 vom 20. Mai 1930 die Bedeutung einer Eisenverbilligung für die Belebung der allgemeinen Konjunktur anerkennt, indem er schreibt: „Es ist ein Unfug, daß beispielsweise die den Baumarkt beliefernden Industrien noch so wenig zur Senkung der Baukosten beigetragen haben, wie es bis jetzt geschehen ist.“ Die unvergleichlich außergewöhnliche Höhe der Baukosten hemme jede Möglichkeit, die so notwendige Ankurbelung der Bautätigkeit herbeizuführen. Ueber die Wirkungen der hohen Baukosten hat sich unlängst noch der Enquete-Ausschuß eindeutig in einer Untersuchung des ländlichen Siedlungswezens ausgesprochen. „Das Haupthemmnis der Siedlung — so heißt es — liegt in der Steigerung der Siedlungskosten, und zwar in erster Linie der Baukosten. Die Preise der Siedlungsstellen liegen zwischen 30 000 und 63 000 RM. Es wurden Anzahlungen zwischen 7000 und 20 000 RM verlangt.“ Der Enquetebericht bemerkt dazu: „Die erhöhten Anzahlungen haben die Folge, daß bei der Auswahl der Siedler das Hauptgewicht von der beruflichen Tätigkeit auf die finanzielle Leistungsfähigkeit verlegt wird. Die Abkömmlinge der Kleinbauernschaft und der landwirtschaftlichen Arbeiter werden durch hohe Anzahlungen von dem Erwerb der selbständigen Siedlerstellen ausgeschlossen. . . . Hält die Steigerung der Preise für Siedlerstellen und die Erhöhung der Anzahlungsforderungen an, so ist es nicht wahrscheinlich, daß sich in den nächsten Jahren eine genügende Anzahl finanzkräftiger Siedler finden wird.“

Das Widersinnige der ganzen Situation wird besonders klar, wenn man bedenkt, daß für die Finanzierung ländlicher Siedlungen von 1924 bis 1929 über 470 Millionen RM aufgebracht worden sind. Diese 470 Millionen setzen sich zusammen aus:

	Millionen RM
Reichszwischenkredite	195,5
Preussische Zwischenkredite	103,5
Kredit der Rentenbankkreditanstalt	10,0
Preussische Hauszinssteuerdarlehen	77,5
Preussische Zuschüsse	12,0
Reichskredit für Flüchtlings-siedler	70,5
Kredit für ehemalige Wehrangehörige	5,0

Alle diese Mittel gewährleisteten niedrige Verzinsung, Sicherheit gegen Kündigung, Rücknahme des staatlichen Gläubigers auf wirtschaftliche Nöte. Ungebührliche Vorteile aus diesen Subventionierungen ziehen mit in erster Linie die Kuhnleifer hoher Baukosten. Das ist weder wirtschaftlich noch volkspolitisch länger zu verantworten.

Ueber die Bedeutung des ländlichen Siedlungswezens, besonders auch vom Standpunkte einer dauernden Beseitigung oder Verminderung der Erwerbslosigkeit schreibt Herr Dr. Potthof (Berlin) im „Arbeitsrecht“ (Nr. 5, 1930) u. a.: „Wir müssen Menschen aus der Großstadt aufs Land bringen, wenn wir sie aus überfüllten Berufen in solche bringen wollen, die Bedarf an Menschen haben. Grobe Erdbau und Landwirtschaft sind die wichtigsten Gebiete, in

denen Arbeitskräfte fehlen. Daß wir in jedem Jahre Hunderttausende von ausländischen Wanderarbeitern ins Land holen, während die vierfache oder zehnfache Zahl von Erwerbslosen uns belastet, kennzeichnet am deutlichsten den Fehler der beruflichen Verteilung. Wie sollen die Landkinder in der Heimat festgehalten werden, wenn sie dort keine Wohnungen, keine Möglichkeit zu Besitz und Aufstieg haben? Wie kann die Wohnungsnot in Berlin beseitigt werden, wenn in jedem Jahre 60 000 Menschen dorthin zuwandern?

In diesen paar Sätzen kommt die ganze Bedeutung des Siedlungsproblems, aber auch des Problems der Baukosten senkung zum Ausdruck. Besserung der Konjunktur kommt mit in erster Linie von der Senkung der Bautätigkeit. Senkt daher die Konjunktur durch Senkung der Baustoffpreise und Baukosten! Beim Eisen ist der Anfang gemacht. Die wichtigste Kuhnwendung, die aus der Eisenpreisherabsetzung zu ziehen ist, lautet: Herunter mit den Preisen der Fertigwaren, der Baukosten, herunter auch mit

den Kosten bestimmter Lebensmittel, damit die erforderliche Wiederbelebung der allgemeinen Wirtschaft erfolgen kann, durch Preis senkung Senkung der Reallöhne erreicht und Steigerungen der Nominallohne vermieden werden können.

Die Führung zur Erreichung dieses Zieles liegt in erster Linie in Händen des Reichswirtschaftsministers; in starkem Maße interessiert ist auch der Reichsarbeitsminister. Beide müssen in Verbindung mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern nunmehr ohne Verzug das Problem der Preis senkung bzw. des Preisausgleichs anpacken. Vor allem gilt es, auf die Preisgestaltung durch Kartelle und Trusts ein wachsameres Auge zu halten und schnelle Untersuchungen darüber zu veranstalten, wie gewisse Kartellpreise zustande kommen und ob sie nicht durch künstliche Uebersteigerung einem volkswirtschaftlichen Anstieg im Wege stehen. Auch da kann nur schnelles und energisches Zusammentreten helfen. Unsere außerordentlich ernste und große Zeit darf kein kleines Geschlecht vorfinden. K. Schmitz, 2. Verbandsvorsitzender.

Der Rahmentarifvertrag für Nordwest verbindlich



Die Vorgänge im Bereich der Nordwestlichen Gruppe, sei es nun bezüglich der Lohn- und Arbeitszeitregelung oder Änderung des Rahmentarifvertrages, haben für die gesamten Arbeiter der Metallindustrie große Bedeutung.

Die Auseinandersetzungen und Begleitereignisse finden mehr Beachtung als dieselben Dinge für ein anderes Tarifgebiet. Alle Arbeiterorganisationen wissen: wenn in Nordwest etwas geändert wird, greift es recht bald auf andere Tarifgebiete über. Die jetzigen Rahmentarifverhandlungen hatten eine überwiegende Bedeutung, weil im Tarif eine sogenannte Akkordklausel enthalten war, wonach nur dann Akkordreduzierungen vorgenommen werden konnten, wenn technische Veränderungen und dergleichen vorgenommen wurden. Dieselbe Bestimmung ist in vielen Tarifen der Metallindustrie enthalten, hat aber nicht dieselbe Bedeutung wie in Nordwest, weil im genannten Gebiet die Akkordüberverdienste verhältnismäßig hoch und die Tariflöhne sehr niedrig liegen. Wir haben noch Akkordgrundlagen von 50 *Rpf* je Stunde für den Sacharbeiter, wobei derselbe bei Akkord bis 1,50 *RM* und darüber hinaus verdienen kann. Der Tariflohn beträgt 78 *Rpf*, dazu ein nicht akkordfähiger Zuschlag von 2 bis 6 *Rpf* je Stunde. Diese 78 *Rpf* erhält jeder 21jährige Sacharbeiter plus 15% bei Akkordarbeiten mit normalen Leistungen.

Bei den hinter uns liegenden Verhandlungen ließen die Unternehmer erkennen, daß ohne Beseitigung der Akkordklausel, wodurch erst die Reduzierung der übertariflichen Spitzenverdienste möglich sei, für sie ein Interesse an dem Fortbestand des Rahmenvertrages nicht vorhanden sei. Nachdem diese Tatsache von allen Verhandlungsteilnehmern erkannt wurde und die Wirtschaftslage sehr trübe aussah, begnügten wir uns als Christlicher Metallarbeiterverband mit der Bekanntgabe der Kündigungsabsicht. Dieses Vorhaben wurde den beiden anderen Metallarbeiterorganisationen frühzeitig mitgeteilt. Die Bestimmung der Kündigungsabsicht ist durch den Severing-Spruch seit der Aussperrung 1928 in unserem Tarife enthalten und muß einen Monat vor der eigentlichen Kündigung angezeigt werden. Der Deutsche Metallarbeiterverband gab aber nicht nur die Absicht bekannt, sondern kündigte trotz Warnung unsererseits den Rahmentarif und schaffte somit die Möglichkeit zur Beseitigung der Akkordklausel und der noch folgenden Reduzierungen der Akkordüberverdienste. Eine solche Handlung ist unverständlich, um so mehr, weil die Unternehmer vor der ausgesprochenen Kündigung ihren Willen offen aussprachen. Nur mit Hilfe des Deutschen Metallarbeiterverbandes konnten

die Rahmentarifverhandlungen stattfinden mit dem Ergebnis der Beseitigung der Akkordklausel.

Die Unternehmer haben dann, nachdem die Arbeiterorganisationen den Schiedsspruch abgelehnt hatten, denselben angenommen und die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Bei der Nachverhandlung erklärten sich sämtliche Arbeiterorganisationen gegen die Verbindlichkeit. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte einen großen Tag. Der Vorsitzende Reichel war neben einem Stab anderer Vertreter in Berlin erschienen und versuchte dort krampfhaft, die Dummheit seiner Untergebenen zu rechtfertigen und die Verbindlichkeit zu verhindern. Jetzt waren natürlich alle Bemühungen vergebens. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat im öffentlichen Interesse die Verbindlichkeit ausgesprochen. Der Deutsche Metallarbeiterverband wird gewiß jetzt fürchterlich toben über die Verbindlichkeit dieses „Schandschiedsspruches“ und die christlichen Gewerkschaften dafür haftbar machen. Dazu sei folgendes gesagt: Wer ein Unglück verursacht, hat die Folgen zu tragen. Es wäre geradezu lächerlich, wenn die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Kind in den Brunnen werfen würden und dann verlangten, andere Leute sollten es retten.

Wir haben uns gegen die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen, wobei wir uns wohl bewußt waren, daß, wenn die Verbindlichkeit nicht ausgesprochen wird, dann die Gefahr bestand, daß nicht nur die 10 oder 7½% der übertariflichen Spitzenverdienste abgezogen werden konnten, sondern alle Verdienste, soweit der Tariflohn plus 15% überschritten wird. Außerdem waren die Vergünstigungen des Urlaubs, Soziallohn usw. aufs Spiel gesetzt. Dies alles wäre also der Erfolg der famosen Taktik des Deutschen Metallarbeiterverbandes gewesen.

Der Christliche Metallarbeiterverband hatte zeitig die Warnung ausgesprochen, die Kündigung zu unterlassen, um eine günstigere Zeit zur Verbesserung des Rahmenvertrages abzuwarten. Die Großmannsucht des Deutschen Metallarbeiterverbandes kennt keine Grenzen. Erst gebärdet man sich wie ein wild gewordener Stier und glaubt, die ganze Welt würde aufhorchen. Sieht man den angerichteten Schaden, dann sucht man einen Schuldigen und glaubt, auf alle Fälle einen solchen im Christlichen Metallarbeiterverband zu finden. Wo der Deutsche Metallarbeiterverband ausschlaggebend ist, vereinbarte er in den verschiedensten Orten Akkordreduzierungen. In unserem Bezirk wird seine Handlungsweise beobachtet und unter Kritik gestellt, um ihm langsam den Größenwahn zu vertreiben und ihn zu einer vernünftigen Arbeiterinteressenpolitik zu veranlassen.

Die „Sicherheit“ der Spareinlagen bei den Betriebsparkassen



Vor einiger Zeit schloß eine Weltfirma in Bielefeld ihren Betrieb, nachdem schon längere Zeit vorher eine sogenannte Sanierung stattfand. Die Banken haben scheinbar vergessen, die Verpflichtungen zu erfüllen, und so mußte der Konkurs eröffnet werden. Außerordentlich bezeichnend war es, daß unter der Liste der Schuldner ein recht namhafter Betrag stand, der ebenfalls verpulvert war, nämlich die Gelder der Betriebsparkasse. Viele Arbeiter und Angestellte hielten es scheinbar für richtig, etwaige überschüssige Gelder bei der Werksparkasse anzulegen. Es ist grundsätzlich überhaupt zu verurteilen, daß, wenn jemand auf Grund bevorzugter Familienverhältnisse, sei es durch Doppelverdienenden, Erbschaft und sonstige Glücksumstände, die Woche eine Mark übrig hat, er diese Beträge innerhalb des Betriebes anlegt. Es ist viel richtiger, daß, wenn Arbeitnehmer in die glückliche Lage versetzt werden, Geld zu erübrigen, dasselbe bei den Sparkassen der Deutschen Volksbank anlegen. Sollte dies absolut nicht möglich sein, so soll man immerhin dann die Gelder bei der betreffenden Stadt- oder Kreisparkasse anlegen, denn es darf durchaus nicht verheimlicht werden, daß viele soziale Anforderungen an die Gemeinden gestellt werden.

Wie ist es nun mit der Sicherheit dieser Werkspargelder bei Konkursausbruch? Viele Menschen glauben, diese Gelder sind gemäß Konkursordnung gleich als Lohnforderung zu bewerten. Dies ist ein Irrtum, denn diese Forderungen gelten gemäß § 61 der Konkursordnung nicht als vorberechtigt, sondern sie rangieren im Range gemäß des § 61 Absatz 6 unter allen übrigen Konkursforderungen. Es ist vielleicht an Hand eines praktischen Beispiels die Frage allgemeinverständlich zu gestalten.

Angenommen, der Konkurs der Firma X ist beendet, nachdem alle Konkursforderungen gemäß § 61 Absatz 1 bis 5 voll befriedigt werden können, und es bleibt dann noch ein Rest zur Auszahlung. Wollen wir einmal annehmen, es gelangen 10% zur Ausschüttung, so würde derjenige Arbeiter, der nun 500 RM gespart hat, von den 500 RM nur noch 50 RM erhalten. Er hätte also nicht nur einen namhaften Zinsverlust, denn oftmals dauern Konkurse ein oder auch mehrere Jahre, sondern er büßt neben den Zinsen noch 450

Reichsmark ein. Diesen Zustand hat eine Handelskammer des Westens vollständig erfaßt, und sie wandte sich deshalb mit einer Eingabe an den Deutschen Industrie- und Handeltag, der dahin arbeiten soll, daß die Einlagen der Werksparkassen bei Konkurs- und Vergleichsverfahren gleich als Lohn- und Gehaltsforderung angesehen werden müssen, d. h. sinngemäß nach § 61 Absatz 1 zu befriedigen sind. Die betreffende Handelskammer hat wohl verstanden, daß, wenn die Firma für den hohen Betrag der Werksparkasse Wechsel ausstellte, die natürlich nicht eingelöst wurden, dieses verheerend ist. Na, wir wollen in etwaigen Bestimmungen der Strafprozessordnung nicht gleich herumwühlen, aber immerhin ist es interessant, daß wenigstens eine Handelskammer soviel Abstand besaß, solche Verfahren der Firmen zu verurteilen.

Aber das Ding hat noch einen Pferdesuß. Das tat die Handelskammer nicht ganz selbstlos, sondern die Begründung ist sehr interessant. Einmal hat die Handelskammer angst, der Spar Sinn würde nachlassen, und dann, o weh, derjenige, der noch sparen will, könnte sonst sein Geld restlos in den Sparkassen der Konsumgenossenschaften und Arbeiterbanken anlegen, das heißt in solche Unternehmungen würden Gelder fließen, die der Privatwirtschaft nicht genehm sind. Also wollen wir die Dinge richtig begreifen. Arbeiter und Angestellte, die unter den gegenwärtigen Rechtsverhältnissen beim Betriebe sparen, haben die beste Aussicht, bei einem Konkurs ihr Geld zu verlieren, oder, wenn alles gutgeht, verlieren sie zwar manchmal das Geld nicht, fördern aber mit ihrem eigenen Geld die „Privatwirtschaft“.

Deshalb, christlich-nationale Arbeiterschaft, lese diese Zeilen zweimal und handle. Es ist natürlich innerhalb unserer christlich-nationalen Arbeitnehmer- und Angestelltenbewegung ein außerordentlich großes Hemmnis, daß wir keine einheitlichen Spareinrichtungen haben. Wir haben auch auf diesem Gebiete außerordentlich starke Zersplitterungen, weil eben oftmals die einzelnen Richtungen in unserer Gesamtbewegung glauben, ihr eigenes Süppchen kochen zu müssen. Auch hier muß endlich einmal erreicht werden, daß durch größere Einordnung und Geschlossenheit der Einfluß der christlich-nationalen Arbeitnehmer- und Angestelltenbewegung durch Kapitalanlage eine Umgestaltung der Wirtschaftsform mit erzielt.

E. L., Bielefeld.

Die soziale Bedeutung und die erzieherischen Aufgaben der Erwerbslosenfreizeiten



In dem Chaos der Wirtschaftskrisen sind neben den älteren Arbeitslosen in besonderem Umfange die jugendlichen Erwerbslosen einer großen Tragik ausgesetzt. Ist die Zahl dieser Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahr, wie sie in den Erhebungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 15. März 1929 mit über 170 000 Hauptunterstützungsempfängern (davon ca. 140 000 männliche und ca. 30 000 weibliche) angegeben sind, schon außerordentlich hoch, so sind die Berufs- und Lebensschicksale jedes dieser einzelnen zum Teil noch bedeutend trostloser. Mit welchen Hoffnungen gingen diese jungen Menschen in das Erwerbsleben, wie vielen mag der Himmel voller Geigen gehangen haben! Und auf einmal: Du darfst nicht mehr arbeiten! Du mußt dich, sei es auf kürzere oder längere Zeit, in das Heer der Arbeitslosen einreihen!

Es wäre müßig, der Behauptung gegenüberzutreten, wenn von verschiedenen Seiten behauptet wird: Wer arbeiten will, findet auch Arbeit. Die das sagen, waren sicherlich noch nie in der Lage eines Arbeitslosen, oder sie sagen es, um als Schwächer kundzutun, daß sie mit zum ehernen Bestandteil derer gehören, die in Deutschland nie alle werden.

An Stelle langatmiger Kritiken müßten praktische Hilfen für die jugendlichen Erwerbslosen einsetzen. Andauernde Er-

werbslosigkeit zermürbt den Jugendlichen mehr als den Erwachsenen, da er der Umwelt mit all ihren Schlichen und Lockungen leichter zugänglich ist. Hier erwächst zweifellos eine große Gefahr, der vorgebeugt werden muß, soll die Kriminalität bei diesen jungen Menschen nicht noch mehr Brechen schlagen.

Bereits im Herbst 1926 wurde durch das Reichsarbeitsministerium eine Verfügung erlassen, die besagt, daß die einzelnen Länder, Städte und Gemeinden besondere Einrichtungen treffen sollten, den jugendlichen Arbeitslosen während ihrer Erwerbslosigkeit mit einem Hilfswerk zur Seite zu stehen. Da eine Arbeitsbeschaffung durch die Kommunen — abgesehen von Notstandsarbeiten — wegen Geldmangels nicht in einem für Erwerbslose befriedigenden Umfange einsehen konnte, ging man dazu über, sogenannte Erwerbslosenfreizeiten zu errichten. Sie verfolgen den Zweck, die jungen Erwerbslosen in Kursen von zwei bis drei Wochen zusammenzufassen. Sie sollen herausgehoben werden aus dem täglichen Einerlei, um wieder einmal auf andere Gedanken zu kommen. Und in der Tat: Der Anfang ist gemacht, wenn auch manche größeren Städte bereits eine stattliche Anzahl von Jugendlichen auf diese Art betreut haben. Bei diesen Freizeiten gilt es zunächst, die am längsten von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen — getrennt in Jungen- und

Mädchenkurse — zusammenzufassen, um dann möglichst weit von der Stadt entfernt in einem Jugendheim oder einer Jugendherberge für mehrere Wochen eine Bleibe aufzuschlagen. Ins Werk wurde dieses Unternehmen auf Grund obenerwähnter Verfügung durch die staatlichen Bezirksjugendpflegestellen und städtischen Jugendämter in Verbindung mit den Arbeitsämtern gesetzt. Schwierigkeiten ergaben sich mannigfaltig durch die Auswahl der Jugendlichen. Ein günstiges Zeichen war es immerhin, neben den Jugendlichen, die gewerkschaftlich, politisch und sportlich organisiert waren, vor allen Dingen solche zu nehmen, die besondere Schwierigkeiten machten. Bei diesen Freizeiten konnte man dann immer wieder beobachten, welche erzieherischen Aufgaben die Gewerkschaften durch ihre Jugendorganisationen geleistet haben und weiterhin leisten werden. So konnten diejenigen, die sich bis jetzt noch zu keiner Gemeinschaft entschließen konnten, ins Schlepptau genommen werden, und ein großer Teil konnte aus diesen Freizeiten lernen.

Was verfolgen die Freizeiten? Sie wollen den Jugendlichen einestheils einmal wieder in eine gewisse Ordnung bringen, andernteils sollen sie ihm Anregung zum Schaffen geben. In dieser Gesetzmäßigkeit liegt eine große erzieherische Aufgabe. Jeden Morgen, vielleicht um 1/27 oder 7 Uhr aufstehen, eine halbe Stunde Gymnastik oder Sport, dann Brausebad, anziehen und Bettenmachen ist eine heilsame Medizin für die jungen Menschen, die so etwas nicht gewöhnt sind. Durch besonders ausgewählte Jugendleiter und -pfleger, wie Lehrer, wurde dann der Tagesablauf fortgesetzt. Allgemeine Kenntnisse auf allen Gebieten wurden aufgefrischt, auf diesem oder jenem Gebiete wurde ganz besonders nachgeholfen, und so wurden alle mitgerissen, ob sie wollten oder nicht. Vom Erziehungsstandpunkt gilt es, eine wichtige Aufgabe zu lösen. Der besondere Wert dieser Kurse liegt darin, die durch Erwerbslosigkeit Niedergedrückten wieder aufzurichten, damit sie den Glauben an sich selbst nicht verlieren und auch wieder einmal an ihre Umwelt denken. Wer selbst einmal arbeitslos war, kann es spüren, daß man sich „ausgestoßen“ fühlt. Neben sportlicher Betätigung wurde dann auch gebastelt, Rechnen und Deutsch, Wirtschaftsgeographie und Berufskunde betrieben. Durch gemeinsame Ausarbeitung von Gedanken wurde das Gemeinschaftsgefühl geweckt, und man lernte sich auch menschlich näher kennen. Man konnte sein Herz ausschütten, und der Arbeitslose lernte dann auch einmal wieder, Mensch zu sein. Durch gemeinsame Wanderungen, durch Betriebsbesichtigungen fielen die Schranken ganz, und man bedauerte nur, daß diese Kurse zu kurz seien.

Vor allen Dingen wurde bei diesen Kursen Wert auf gutes und reichliches Essen gelegt, denn was die Jungen und Mädels da geboten bekamen, das konnte der elterliche Haushalt bestimmt nicht geben. Und wie gut tat eine richtige Kost manchem dieser jungen Menschen! Gewichtszunahmen waren durchweg zu verzeichnen. Welche Generation wächst heran, die, unterernährt, früher oder später doch wieder in den Arbeitsprozeß tritt. Solche Einrichtungen sind der erste Schritt, um den größten Schwierigkeiten bei den jugendlichen Erwerbslosen zu begegnen. Daß die Jugendlichen selbst die ersten sind, die solche Kurse anerkennen, geht hervor aus Briefen, die sie schrieben:

„Wie habe ich mich gefreut, zu lernen und gut essen zu können. Würde doch so etwas nur länger dauern.“

Aus einer mitteldeutschen Großstadt einige Briefe:

„Es ist nur schade, daß es wieder nach Hause geht. Wenn ich daran denke, wie traurig und voller wenig Hoffnung mein Leben wieder wird, so könnte ich heulen. Keine Hoffnung auf



Hafen in Industriestadt

Arbeit. O, wie würde ich glücklich sein, wenn ich wieder einmal Geld verdienen könnte! Nun ist die schöne Drei-Wochen-Freizeit vorüber, und das traurige Dasein nimmt seinen Fortgang.“

Ein anderer schreibt:

„Leider sind die paar Wochen nur zu kurz, und mit Grauen geht man wieder in die Großstadt zurück, denn dort erwartet uns wieder das Erwerbslosenelend. Mancher würde mit Freuden zurückkehren, wenn ihm Gelegenheit zur Ausführung seines Berufes geboten würde.“

Ein Zwanzigjähriger:

„Von zu Hause bin ich keine so gute Kost gewöhnt wie es hier gibt, so daß ich mich erst daran gewöhnen mußte. Auch die Schlafstätten sind wundervoll, so daß man früh nicht heraus will.“

Wenn es in der Nacht der Arbeitsämter stünde, würde man diese Jugendlichen zuerst in Arbeit vermitteln. Da dem in vollem Umfange nicht nachgegeben werden kann, müssen solche Freiheiten noch viel häufiger einsehen. Finanziert werden die Kurse dadurch, daß der teilnehmende Jugendliche ungefähr die Hälfte seiner ihm zustehenden Unterstützung abgibt. Den übergroßen Teil der Unterhaltungskosten tragen allerdings Staat und Kommunen. Diese Summen sind aber gut angelegt.

Die Arbeitnehmervertreter in den Verwaltungsausschüssen der Arbeits- und Wohlfahrtsämter müssen sich für die Einrichtung solcher Freizeitbewegungen besonders einsetzen. Es geht um die geistige und körperliche Entwicklung der kommenden Arbeitergeneration!

Berufsberater W. Riemer.

Unternehmer und Krankenversicherung

Der Kampf um Sozialpolitik im allgemeinen und um die Sozialversicherung im besonderen, geht unvermindert weiter. Das Unternehmertum benutzte jede Gelegenheit, um die Öffentlichkeit „aufzuklären“. Immer wieder ertönt der Ruf: Die deutsche Sozialpolitik ist überspannt, sie gehe zu weit,

insbesondere die Sozialversicherung sei in ihren verschiedenen Zweigen eine untragbare Belastung der deutschen Wirtschaft. Aber nicht nur das, sie verderbe vielmehr auch die Moral der Arbeitnehmer, fördere Faulheit und Simulantentum, ertöte den Sparsinn und müsse deshalb gründlich „reformiert“, das heißt eingeschränkt werden. Dabei versucht man geflügelte

lich den Anschein zu erwecken, als ob die Sozialpolitik nur Schutz und Fürsorge für die Arbeitnehmer bedeute und daß die übrigen Schichten des Volkes, namentlich das Unternehmertum, über Gebühr zugunsten dieser Arbeitnehmer belastet seien. Bei der Darstellung dieses falschen Tatbestandes finden die Unternehmer immer wieder Unterstützung durch einzelne Wissenschaftler, die anscheinend bei ihrer eigentlichen Berufstätigkeit keine Lorbeeren ernten können und deshalb glauben, in Sozialpolitik machen zu können.

Nun ist aber Tatsache, daß der Staat nicht nur Fürsorge für die Arbeitnehmer betreibt. Er bedenkt die übrigen Schichten des Volkes mindestens ebensogut, im Effekt zweifellos weit besser. Zwar gibt es kein spezielles Gesetz zum Schutze von Leben und Gesundheit der Unternehmer, und die sozialen Versicherungsgesetze, Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung, gelten für sie ebenfalls nicht. Aber dadurch kommt ja gerade zum Ausdruck, daß sie eines solchen Schutzes nicht bedürfen, daß sie wirtschaftlich und gesellschaftlich weit über den Existenzverhältnissen der Arbeitnehmer stehen, ein Vorzug, der gar nicht hoch genug einzuschätzen ist. Und das Unternehmertum im weitesten Sinne versteht es weit besser als die Arbeiterschaft, den Staat für seine Zwecke einzuspannen. Zunächst ist der Einfluß dieser Kreise auf Staat und Öffentlichkeit viel größer. Sie verstehen es, ihre angeblichen und tatsächlichen Nöte und Sorgen viel lauter, nachhaltiger und wirksamer an die große Glocke zu hängen. Sie stöhnen und jammern unter den verschiedensten Begründungen jahraus, jahrein und lassen das Gespenst vom Untergang dieses oder jenes Wirtschaftszweiges immer wieder auftauchen.

Nicht ohne Erfolg. Hilfsmaßnahmen verschiedener Art wurden und werden durchgeführt, seien es Schutzzölle, Frachtvergünstigungen, Steuererleichterungen oder sonstige Subventionen. Man nennt das allerdings nicht immer Fürsorge für die betreffenden Erwerbszweige, sondern man spricht vom Schutze der heimischen Arbeit und wie die Dinge alle heißen. Den Beamten gewähren Reich, Länder und Gemeinden neben den Gehältern beitragsfreie Pensionen für sich und ihre Hinterbliebenen, also auch eine sehr wohlthätige Fürsorge, nur daß sie diesen ominösen Namen nicht trägt. Für all diese Aufwendungen müssen die Arbeitnehmer erhebliche Lasten tragen.

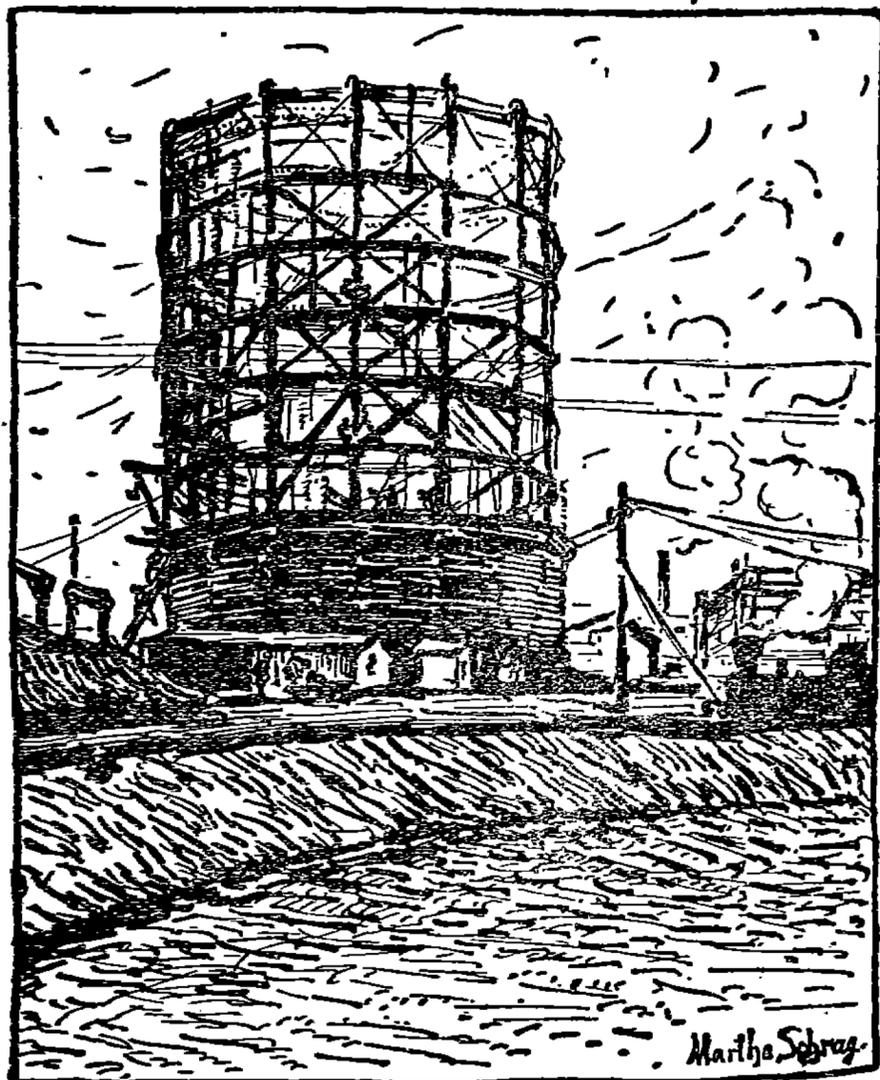
Man wird einwenden, Aufwendungen zum Schutze von Industrie und Landwirtschaft kämen dem ganzen Volke zugute, und wir bestreiten das zum Teil gar nicht. Aber wir behaupten dasselbe bezüglich der Sozialpolitik im allgemeinen und der Leistungen der Sozialversicherung im besonderen und sind der Auffassung, daß die Aufwendungen des Staates und der Unternehmer zur Sozialversicherung keine „Lasten“ sind, sondern wohlbegründetes Wahrnehmen allgemeiner Volksinteressen. Die Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetze wurden doch nicht der „schönen Augen“ der Arbeitnehmer wegen erlassen, sondern deshalb, weil Staat und Gesellschaft um ihrer selbst wegen ein Interesse daran hatten, daß nicht weite Schichten des Volkes in Elend und Not versanken. Zudem war der Ausbau und die Förderung der Sozialgesetzgebung für einen Staat, in dem das Christentum etwas gilt, einfach eine Selbstverständlichkeit. Die Beiträge der Unternehmer zur Sozialversicherung haben wir nie anders gewertet als Bestandteile des Lohnes der Arbeitnehmer, und in Verfolg dieser Auffassung haben wir uns immer dagegen gewehrt, von einer Sonderbelastung der Wirtschaft zugunsten der Arbeitnehmer zu reden.

Ueber das Ausmaß staatlichen Arbeiterschutzes und staatlicher Sozialversicherung kann man freilich verschiedener Meinung sein. Wer das Leben der Arbeiterschaft, ihre tägliche Sorge um das Notwendigste aus eigener Anschauung nicht kennt, wer nie mit einem Arbeitereinkommen auskommen mußte, wer immer in einer ordentlichen Wohnung mit einem gesicherten Einkommen vor einem gedeckten Tische saß, der wird leicht zu der Auffassung kommen, die großen Summen, die namentlich in der Sozialversicherung umgesehen werden, seien zu hoch, die Leistungen im einzelnen nicht notwendig. Wer dagegen einen Blick für die Tatsachen des Lebens hat,

wer sich Mühe machte, die wirkliche Lage der Arbeiterschaft kennen zu lernen, der muß zu der Feststellung kommen, daß diese Leistungen tatsächlich recht bescheiden, in vielen Fällen, namentlich bei längerer Beanspruchung, zur Aufrechterhaltung eines geordneten Haushalts sogar unzulänglich sind.

Um so mehr ist es zu bedauern und um so mehr muß es bei der Arbeiterschaft Unmut und Verbitterung auslösen, wenn von Unternehmerseite immer wieder versucht wird, diese geringen Leistungen noch mehr zu kürzen, wie es eben jetzt wieder die „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ tut. In einer Denkschrift mit dem Titel: „Die Reform der Sozialversicherung eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes“ macht sie Vorschläge hauptsächlich zur Reform der Krankenversicherung. Man braucht das an sich nicht tragisch zu nehmen, um so mehr, als Denkschriften der Arbeitgeberverbände nichts Neues mehr sind. Man kann sich auch darüber seine eigenen Gedanken machen, daß schon wieder eine „Schicksalsfrage“ des deutschen Volkes auftaucht. Trotzdem muß man die Art und Methode bedauern, mit der die „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ in dieser Frage vorgeht. Sie verwahrt sich eingangs der sehr umfangreichen Denkschrift gegen den allenfallsigen Vorwurf, ihre Kritik als „sozialreaktionär“ zu bezeichnen und schreibt dann folgendes: „Die deutsche Arbeiterschaft wehrt sich in ihrer bejahenden Einstellung zur Sozialpolitik und zur Sozialversicherung mit den deutschen Arbeitnehmern gegen unsachliche Kritik, sie ist mit den deutschen Arbeitnehmern und der deutschen Reichsregierung einig in der Abwehr unberechtigter Angriffe gegen die Sozialversicherungsträger. Sie erklärt mit Nachdruck erneut an der Spitze dieser Denkschrift, daß ihre Vorschläge zur Abänderung der Sozialversicherung nicht, wie dies ein Teil der Presse bis in die letzten Tage hinein wiederholt unterstellte, das Ziel verfolgen, die Sozialversicherung zu beseitigen, und daß sie sich demnach auch Vorschläge nicht zu eigen macht, die das heutige Gebäude unserer Sozialversicherung grundsätzlich verändern und an ihre Stelle ein Sparzwangssystem setzen wollen, das die Preisgabe der öffentlich-rechtlichen Sozialversicherung bedeuten würde. Sie erkennt ausdrücklich den Wert und die Notwendigkeit der Sozialversicherung aus wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gründen an. (Schluß folgt.)“

G. Ungert.



Industrieland

Verbandsgebiet

Aus unserem Erholungsheim „Glückauf“, Neuenahr

Im Monat Mai hatte ich Gelegenheit, sieben Tage im Erholungsheim „Glückauf“ in Neuenahr zu verbringen. Die Einrichtung des Hauses ist großartig. Für Lektüre ist durch Zeitungen und eine gute Bibliothek bestens gesorgt. In den Räumen ist fließendes Warm- und Kaltwasser. Ein schönes Gesellschafts- und Speisezimmer, außerdem freundliche Schlafzimmer und Badezimmer befinden sich im Hause. Das Essen ist vorzüglich. Im Hause ist alles zu haben: Rauchwaren, Schreibpapier, Postkarten und Briefmarken. Den Kollegen wird des Morgens unentgeltlich Sprudelwasser vom Kurgarten verabreicht.

Die Stadt Neuenahr liegt im Tal, rundum von Bergen umgeben; unser Haus liegt zwischen dem Lene- und Kurpark. Die Alleen sind einfach wunderbar; die stärksten Sonnenstrahlen vermögen nicht durchzubringen. Eine wahre Pracht ist die Kastanienallee mit ihren weißen und roten Blüten. Des Morgens beim Sonnenaufgang empfiehlt es sich besonders, einen Spaziergang zu machen, weil des Nachts die Blüten abfallen. Dann geht man über den Blütenteppich, dieser Duft und das Singen der Nachtigallen, der Buchsinken, der Blutsinken, der Amseln und Drosseln, das Pfeifen des Regenpfeifers — es ist ein Erleben. Am Abend wird im Kurpark Konzert gegeben. Schöne Ausflüge von zwei bis drei Stunden, zum Beispiel zur Landskrone, nach Uhrweiler, nach dem Berg Neuenahr, nach dem Johannisberg, zum Schwanpark, durch das Amseltal kann man unternehmen.

Dann wird den Kollegen auch Gelegenheit gegeben, größere Touren zu machen mit dem Autobus nach der Eifel, von Neuenahr über Waldpforshaus, Altenahr, Hohe Acht, Rürburgring, Laacher See und wieder zurück, oder die Fahrt von Neuenahr nach Remagen, Linz, Andernach (hier wird übergesetzt über den Rhein nach Neuwied, Waldbreitbach). Durch das Wiedtal über Sonnes, Königswinter, am Drachensfels vorbei, wieder übersehen, nach Rolandsbogen über Remagen und zurück. Die Fahrten gehen ab „Glückauf“ nachmittags 2 Uhr und dauern bis abends 7.10 Uhr. Beide Fahrten kosten, wenn sich 10 Kollegen beteiligen, 3,50 RM. Der Wein kostet in den bürgerlichen Wirtschaften pro Pokal 25 bis 30 Pf. Sehr guten Schnaps (Trester und Zwetschen), 54 bis 60 Prozent, naturrein, gibt es zu 15 Pf. Ich habe mich in den sieben Tagen, die ich in Neuenahr weilte, gut erholt — und der Abschied ist mir schwer gefallen. Unserem Verband bin ich sehr dankbar für die Tage. Die Stunden, die ich im Heim verlebt habe, werden mir unvergesslich bleiben, und hoffentlich baut unser Verband mehr solcher Heime. Vielleicht geht mein Wunsch auch in Erfüllung, daß der Verband sich mit den dortigen Wirten in Verbindung setzt, damit wir unsere Frauen etwas billiger als sonst unterbringen können. Wenn man etwas von dort verstärkt mitnimmt, so ist es der Wille, noch mehr Kräfte für unsern Christlichen Metallarbeiterverband einzusetzen.

Heinrich Schaub, Duisburg

Rechtsschutztätigkeit der Ortsverwaltung Köln

Durch die Errichtung der Arbeitsgerichte ist das Spezialgebiet des Rechtsschutzes bedeutend erweitert worden. Eine Fülle von Arbeit ist zu leisten, um die Klagen und die damit verbundenen Auskünfte und Schriftsätze zu erledigen. Durch die schlechte Wirtschaftslage mehren sich naturgemäß die Streitfälle, weil vielfach Tarif- und Arbeitsvertrag verletzt werden.

Auffallend groß sind in Köln die Streitfälle im Lehrlingswesen, wo von selten der Lehrmeister ohne genügenden Grund das Lehrverhältnis gelöst wird. Hier machen wir die Beobachtung, daß die handwerklichen Betriebe mit Lehrlingen überseht sind. 1 Meister, 3 und noch mehr Lehrlinge ist keine Seltenheit.

Die Rechtsschutztätigkeit in der Ortsverwaltung Köln in den ersten 4 Monaten 1930 gibt folgendes Bild: Klagen angestrengt 40, Auskünfte 92, Schriftsätze 126, Termine 74. 24 Klagen endeten mit vollem Erfolg, 10 Klagen endeten mit teilweisem Erfolg, 6 Klagen endeten ohne Erfolg. Barerfolg 11 990,44 RM. Durch die Rechtsschutztätigkeit des Verbandes ist die verhältnismäßig hohe Summe für die Kollegen herausgeholt worden.

Sehr häufig macht man am Arbeitsgericht die Wahrnehmung, daß die Kläger, meist Arbeitnehmer, welche nicht durch den Verband vertreten werden, mit ihrer Klage keinen Erfolg haben, weil sie nicht in der Lage sind, die gesetzlichen Bestimmungen den meist überlegenen Arbeitgebern gegenüber in der richtigen Weise zur Anwendung zu bringen.

Bei dieser Gelegenheit muß auch unseren Kollegen nochmals gesagt werden. Schafft euch mehr Aufklärung durch Besuch der Versammlungen und Kurse, durch Lesen des Verbandsorgans, dann werden soviel Dummheiten in bezug des Arbeits- und Tarifvertrages nicht mehr gemacht, wie es so häufig vorkommt, weil dadurch vielfach der Erfolg einer Klage in Frage gestellt wird.

Ro.

Jahreshauptversammlung zu Baugen

Die Jahreshauptversammlung fand am Sonnabend, dem 3. Mai im Gesellenhause statt. Der Vorsitzende, Kollege Sandrick, konnte neben einer gut vertretenen Kollegenschaft auch die Kollegen Scheffel, Kilanz und Kallina von befreundeten Bruderverbänden, sowie den Kollegen Jenisch, Verwaltungsstelle Dresden, begrüßen. Der Jahresbericht des Vorsitzenden zeigte ein wenig erfreuliches Bild über die allgemeine Lage. Begründet ist diese Entwicklung in dem völligen Darniederliegen der Bauhner Metallindustrie. Die Mitgliederzahl ist schon monatelang ohne Arbeit. Erst in letzter Zeit machte sich eine schwache Aufbesserung der Arbeitsmarktlage bemerkbar.

Taras Bulba, der Kosakenhetmann

R. W. Gogol.

II.

„Schau' den alten Spaßmacher,“ dachte Ostap, „er weiß alles sehr gut und tut, als wüßte er nichts.“

„Ich glaube wirklich, eure Lehrer haben euch nicht einmal Branntwein zu riechen gegeben,“ fuhr Bulba fort, „gesteht es nur, sie haben euch Schulter und Rücken und Lenden und Schenkel mit Birkenruten braun und blau geschlagen. Aber nein, man hat euch wohl, weil ihr schon so große Burschen geworden seid, mit der Peitsche geschlagen? Und nicht bloß am Sonnabend, um alle Untaten der Woche auf einmal abzutun, sondern wahrscheinlich Tag um Tag.“

„Warum noch von diesen Dingen reden,“ sagte Ostap, „das ist nun vorbei, und ich bin's zufrieden.“

„Jetzt soll nur einer versuchen,“ sagte Andry, „mich mit einer Fingerspize anzurühren. Kein Tatar lasse sich gelüsten, mir in die Hände zu fallen. Sonst soll er fühlen, was ein Kosakenfäbel ist.“

„Gut, mein Sohn. Bei Gott, das hätte ich von dir gar nicht erwartet. Wenn es so ist, dann gehe ich mit euch beiden in die Setisch. Was soll ich auch hier? Soll ich Roggen säen, das Haus bewachen, die Schafe hüten, mit meiner Frau verliebt tun? Beim Teufel, nein, das ist nichts für mich! Ich bin Kosak, und wenn eben kein Krieg ist, so will ich doch mit euch die Zeit genießen, als wenn ich selbst wieder jung wäre. Ja, bei Gott, ich geh' mit!“

Während dieser Rede hatte sich Bulba ganz in Eifer geredet und wurde endlich ganz rot vor Aufregung. Er war aufgestanden und stampfte mit dem Fuße, obgleich ihm doch niemand widersprach, und nahm die gebliesene Haltung eines Kriegsherrn ein.

„Wir reisen schon morgen, warum sollen wir bis in die nächste Woche aufschieben, was wir ebensogut schon morgen tun können? Was sollen wir hier im Hause? Was soll das Gerät? Was nützt uns all der Plunder?“ Wie er so sprach, faßte er eine Flasche und warf sie in die Ecke, daß die Scherben sprangen. Seine Frau, die sich zu den Männern gesetzt hatte, war dergleichen Dinge gewöhnt. Sie blickte traurig, wagte aber nicht zu reden; und als sie seinen raschen Entschluß ver-

nahm, schmerzte es sie so tief, daß ihr die Tränen über die blassen Wangen liefen. Verstohlen schaute sie nach ihren Söhnen, die sie gleich wieder verlieren sollte. Sie fühlte ein namenloses Weh, für das sie keine Worte hatte.

Bulba war starkköpfig, das wußte sie. Wie konnte er auch hierin anders sein, wenn er sich als Führer seines Stammes in den fortwährenden Kämpfen mit Tataren, Türken, Tscherkessen und Polen in jenem wilden Winkel Europas, am Dnjepr, behaupten wollte! Das ganze südliche Rußland wurde damals im sechzehnten Jahrhundert durch die fortwährenden Einfälle der Mongolen verwüstet, aber die Kosaken verzweifelten nicht; auf den rauchenden Trümmern ihrer Wohnstätten bauten sie von neuem ihr Haus, und hatte der Krieg manche Stämme fast vernichtet, so füllten sie doch schnell durch die urgesunde Kraft des Volkes von neuem wieder auf.

Dabei hatten die Kosaken kein stehendes Heer, aber jeder war ein waffentragender, kriegsgeübter Mann, und wenn es Krieg gab, waren alle in höchstens einer Woche versammelt. Die Stämme wählten aus ihrer Mitte einen Führer, den Ataman, und dieser führte das Regiment oder den Volk zum Sammelplatz des ganzen Heeres, das in spätestens vierzehn Tagen versammelt war. War der Krieg vorbei, so lehrte jeder Kosak auf seinen Acker am Dnjepr zurück, wo er fischte und jagte oder kleinen Handel trieb. Hier braute und sich seiner Freiheit freute.

Taras Bulba war einer dieser freigewählten Führer. Er war für das wilde Leben und für die Gefahren des Krieges wie geboren. In einer Zeit, da schon mancher Kosak anfing, dem schlechten Vorbild der Polen zu folgen und seinen Gefallen an zahlreichen Dienern, an Jagdfalken und Hunden und großen Trinkgelagen hatte, blieb er bei dem einfachen Leben eines Kosaken und schalt häufig seine alten Kriegsgesährten, welche sich die Warschauer Sitten zum Muster nahmen, und nannte sie Sklaven der Polen. Er betrachtete sich als einen geborenen Verteidiger seiner russischen Kirche; er nahm sich das Recht, als Richter und Rächer in allen Dörfern zu erscheinen, in denen über Erpressung oder Betrug Klage geführt wurde. Mitten unter den versammelten Kosaken hörte er die Klage und urteilte schnell. Drei Fälle wurden ohne weiteres mit dem Tode bestraft: Wer sich unehrenhaft gegen die Alten benahm und das Haupt nicht entblößte, den traf sein Säbel. Wer über die Religion spottete, wurde enthauptet. Wenn er sich Türken

Kollege Jensch hielt einen Vortrag über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften. In knappen, eindringlichen Worten schilderte er den Aufstieg der christlichen nationalen Arbeiterschaft, zeigte die Erfolge der Bewegung, insbesondere des Christlichen Metallarbeiterverbandes und forderte alle Anwesenden auf, doch erneut, trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, einzutreten für die Bestrebungen unseres Verbandes. Die anschließende Neuwahl des Vorstandes zeigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kollege Sandrick, 2. Vorsitzender Schöber, 1. Kassierer Preusche, 2. Kassierer Schmiedgen, 1. Schriftführer Müller, 2. Schriftführer Rood. An der allgemeinen Aussprache beteiligten sich die Kollegen rege. Der Abend endete mit dem gegenseitigen Versprechen, trotz augenblicklich gedrückter Lage alle Kräfte einzusetzen für unsern Christlichen Metallarbeiterverband.

Frühjahrskonferenz in Dillingen

Vor kurzem tagte in Dillingen im Lokale Becker (früher Riehn) die diesjährige Frühjahrskonferenz der Ortsverwaltung Dillingen des Christlichen Metallarbeiterverbandes, die unter dem Zeichen „Es geht vorwärts“ stand. Trotz des schönen Valentines war dieselbe gut besucht und von einem guten Geiste getragen. Galt es doch, Rückblick und Ausblick zu halten auf das, was getan worden und noch zu tun ist, um die Ziele des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu verwirklichen. Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Straberg ging eindeutig hervor, daß die Tätigkeit des Christlichen Metallarbeiterverbandes trotz des wirtschaftlichen Niederganges nach innen und außen erfolgreich gewesen ist. Dies zeigt sich besonders an der stetigen Aufwärtsentwicklung, die derselbe durch Neuaufnahmen von Mitgliedern zu verzeichnen hat. Hieraus zeige sich, daß sich die Arbeiterschaft bewußt ist, welche große und wichtige Aufgabe durch die gewerkschaftliche Organisation geleistet werden muß, besonders im Ausbau und der Erhaltung der knappschäftlichen Versicherung der Metallarbeiter. Der Kollege Hajert als zweiter Referent legte in kurzen markigen Worten dar, daß nur durch innere und äußere Einigkeit und Geschlossenheit der christlichen Metallarbeiter die im Geschäftsbericht dargelegten Erfolge hätten errungen werden können und betonte dann nachdrücklich, daß nur unter diesen Gesichtspunkten ein weiteres Gelingen unserer Arbeit möglich sei. Als besonders wichtig behandelt er die so brennende Jugendfrage, die nur durch die Arbeiterschaft selber gelöst werden kann. Er verwies ganz besonders auf das gute Verhältnis hin zwischen dem katholischen Jugendverein, das sich anzubahnen beginne, so daß zu hoffen sei, daß hierdurch eine erfolgreiche Arbeit im Dienste der Jugend gewährleistet sei. Mit Hilfe und opferfreudiger Mitarbeit der älteren Kollegen würde dann auch in der Zukunft den Metallarbeitern die segensreiche Tätigkeit des Christlichen Metallarbeiterverbandes zugute kommen.

Die Aussprache war von einheitlichem Willen getragen, die Aufwärtsentwicklung weiter zu tragen. Unter Punkt Verschiedenes wurde auf die am 15. Juni stattfindende Wahl zur Ortsrätenklasse Saarlouis hingewiesen. Gegen 12 Uhr schloß der Vorsitzende die so schön verlaufene Konferenz.

Auch in Chemnitz voran

Vor kurzem hielt die hiesige Ortsgruppe eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Wächtler, begrüßte die Erschienenen, besonders Kollegen Dubej von der Hauptverwaltung als Referenten. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten durch Kollegen Admann, sprach Kollege Dubej über die allgemeine wirtschaftliche Lage. Er führte unter anderem etwa folgendes aus:

Im allgemeinen beurteilt man die wirtschaftliche Lage nur nach dem gegenwärtigen Stand der Werte. Man denkt nicht an die Notlage der, die Werte erst schaffenden Arbeiterschaft. Viel weniger noch an die Millionen Erwerbslosen, welche, bestimmt nicht freiwillig, die Straße bevölkern. Das Kernproblem ist nicht in erster Linie Gewinn einzelner an der Produktion, sondern das Kernproblem ist, wie schaffen wir Lohn, Brot und Arbeit für die Millionen Erwerbslosen. Das furchtbare niedrige Lohnniveau eines großen Teiles unserer Arbeiterschaft beweist, daß der Lohn nicht die Schuld an einer wirtschaftlichen Depression tragen kann. Im Jahre 1926 bezahlten mehr als 2 Millionen Arbeiter keine Einkommensteuer; hatten also noch nicht 100 Mark Monatseinkommen. Von 14½ Millionen Versicherter in der Invalidenversicherung leisteten 3,7% Beiträge in der Beitragsklasse bis zu 6 RM Wochenlohn. Rund ½ aller Versicherten hatten nach dieser amtlichen Statistik ein Wochenlohn bis zu 36 RM. Nur 36,9% hatten mehr als 36 RM Wochenlohn. Man sieht heute die Sozialpolitik als Arbeiterpolitik schlechthin im allgemeinen allen anderen gegenüber als feindlich an. Sozialpolitik ist nicht nur Arbeiterpolitik. Die soziale Frage ist eine Frage für die ganze Gesellschaft. Von dem Gedanken der stilklichen Verbundenheit der Volksgenossen untereinander darf man nicht von sozialen Lasten reden, sondern von Pflichten. Bei reiner Arbeiterpolitik handelt es sich in erster Linie um die richtige Eingliederung des Arbeiterstandes in die Gesellschaft; mit Rücksicht auf das ganze Volk. Arbeitskraft ist nach unserer Auffassung keine Ware die gehandelt wird wie Marktartikel, sondern Arbeit ist Dienst am Volksganzen; darum sittliche Pflicht. Früher arbeiteten die Arbeitgeber bei schlechter Konjunktur auf Lager, verbunden mit Geschäftsrisiko. Heute legt man Arbeiter auf Lager, schiebt sie auf die vielgehaßte Arbeitslosenversicherung ab und überläßt das Risiko der Gesellschaft und dem Staat.

Unter anderem legte der Redner der Versammlung noch die Verhältnisse im Stahlwerk Becker bei Krefeld klar. Er betonte in diesem Zusammenhange das Verantwortungsbewußtsein des Christlichen Metallarbeiterverbandes gegenüber der dortigen Arbeiterschaft. Mit scharfen Ausführungen kritisierte Dubej die Bestrebungen zur Gründung evangelischer Gewerkschaften. Er betonte, daß wir alle Ursache hätten, die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft aufzurufen, ganz gleich welcher Konfession, zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind Marxismus und Kulturbolschewismus. Langanhaltender Beifall legte Zeugnis davon ab, daß der Referent der Versammlung aus dem Herzen gesprochen hatte, besonders in seinen letzten Ausführungen.

Kollege Wächtler dankte mit warmen Worten für das lehrreiche und

und Heiden gegenüber besand, so gebrauchte er ohne weiteres das Schwert, zum höchsten Preise des Christentums, wie er meinte.

Jetzt freute er sich, seinen alten Waffengefährten in der Seitsch seine Söhne zu zeigen, und ihren ersten Versuch in der Kriegskunst zu sehen.

Ohne Zögern ging er daran, alles vorzubereiten. Mit den beiden Freunden zusammen suchte er Rüstung und Waffen aus, paßte sie Ostap und Andry an, ging dann mit ihnen auf die Weide und ließ sie sich selbst die Pferde aussuchen, machte sie auf bessere Tiere aufmerksam, wenn ihr Urteil irrte, und ritt ihnen die Pferde vor, um sie zu überzeugen. Er bestimmte die Leute, die sie begleiten sollten, und übertrug einem der beiden Freunde die Befehlsgewalt im Polk. Er sollte sofort mit der ganzen Kriegsmacht aufbrechen, wenn etwa der Befehl aus der Seitsch dazu kommen sollte. Dann befahl er noch, die ausgewählten Pferde zu tränken und ihnen tüchtig Hafert vorzuschütten.

„Nun, meine Söhne“, jagte er, als alles erledigt war und die Freunde Abschied genommen hatten, „jetzt wollen wir schlafen und morgen in der Frühe reisen, wenn es Gott gefällt. Aber Betten gibt es nicht, wir schlafen im Hufe.“

Es war kaum Nacht, da legte sich Bulba zum Schlaf. Er streckte sich auf einen ausgebreiteten Teppich und deckte sich mit einem Schafspelz zu, denn die Nacht war kalt, und Bulba liebte die Wärme. Nicht lange dauerte es, da schnarchte er schon. Alle, die mit ihm draußen im Hufe schliefen, taten es ebenso. Noch fester als ihr Herr, schliefen die Knechte, die die Rückkehr der jungen Herren am meisten beim Glase geseiert hatten. Nur die Mutter schlief nicht. Sie hochte zu Häupten ihrer Söhne, die dicht nebeneinander schliefen. Sie weinte und strich manchmal das Haar ihrer Kinder, und alle Zärtlichkeit ihres Herzens lag in dieser behutamen, fast schonen Bewegung.

„Meine Söhne, meine lieben Söhne, in welches Schicksal geht ihr, was wird aus euch werden?“ So dachte sie immerzu und fand keinen anderen Gedanken.

Der Mond stand schon längst hoch am Himmel und beleuchtete den Hofraum, die Schläfer, die angepflöckten Pferde und die immer noch regungslos kauende Mutter. Die traumstille Nacht verging. Die Mutter wußte, daß am Morgen kaum Zeit sein würde, ein paar armjellige Abschiedsworte zu ihren Söhnen zu sprechen.

Doch hütete sie ängstlich den Schlaf der beiden, so brennend auch der

Wunsch war, daß sie die Augen aufschlagen möchten, damit sie das kurze Mutterglück eines warmen, liebevollen Blickes habe.

Die Pferde witterten Morgenluft, die höchsten Blätter der Linde begannen sich zu rühren und zu plaudern, und die Bewegung stieg von Zweig zu Zweig tiefer herab. Da wieherte laut einer der Hengste. Bulba wurde wach, richtete sich auf, und während er einen erst noch verwunderten Blick auf die Schläfer warf, strich er sich über Stirn und Saar, begann sich und sprang auf und rief: „Ausgeschlafen, Jungen, flink aufstehen! Tränkt die Pferde, schüttet ihnen noch einmal Futter, und du, Alte, gib uns flink zu essen. Wir haben einen langen Marsch vor uns.“

Die arme Frau ging traurig ins Haus. Ganz heimlich hatte sie noch gehofft, daß Bulba unglücklich und müde die Abreise verschoben werde; aber nun war auch diese letzte Hoffnung verschwunden. Während sie Brot schnitt und einen Brei kochte, ging Bulba noch einmal von Pferd zu Pferd, prüfte Riemen und Sattelzeug und ließ die Futtersäcke für die Reise füllen. Dann wählte er für seine Söhne die prunkvollsten Beinkleider und eine golddurchwirkte Leibbinde und feuerrote Tuchröcke aus. Nichts vergaß er, nicht einmal die kurzen Tabakspfeifen an ledernen Riemen und den Tabaksbeutel. Die jungen Männer sahen recht stattlich aus in der kriegerischen Kleidung, und als die arme Mutter sie so erblickte, brachte sie keinen Laut hervor und neigte sich wieder kummervoll über ihre Arbeit.

„Nun, Mutter“, rief Bulba, „segne deine Söhne noch einmal und bitte Gott, daß sie niemals Schaden an ihrer Reiterehre nehmen und immer als gute Christen fechten. Wo nicht, so sind sie es wert, daß sie verderben und keine Spur von ihnen auf Erden bleibt. Kinder, tretet zu eurer Mutter und wißt, daß ihr Gebet euch vor aller Gefahr zu Wasser und zu Lande bewahren wird.“

Die arme Frau umarmte ihre Söhne und nahm unter Schluchzen kleine, aus Goldblech geschlagene Heiligenbilder hervor und hing sie ihnen um den Hals.

„Möge die heilige Jungfrau . . . euch behüten . . . Vergesst eure Mutter nicht, meine Kinder, und gebt mir zuweilen Nachricht . . . und denkt an mich!“

Vor Schluchzen konnte sie nicht mehr reden.

„Zu Pferde, Kinder!“ rief Bulba. Die gesattelten Pferde wurden schon von den Begleitern bereit gehalten. Bulba schwang sich auf seinen

kleinburchdachte Referat. Mit dem Danke verband er den Wunsch, daß Kollege Dubey doch recht bald wieder einmal in unserer Mitte weilen möchte. Nach Erledigung noch verschiedener anderer Angelegenheiten, schloß der Vorsitzende die so schön und harmonisch verlaufene Versamm-

lung. Jetzt gilt es, die Konsequenzen aus dieser Versammlung zu ziehen und mit aller Kraft sich für die Stärkung unseres Christlichen Metallarbeiter-Verbandes mit noch mehr Energie einzusetzen als es bis jetzt geschehen ist.

Aus den Betrieben

„Deutsche Arbeiter“ als Verräter in eigener Sache

Ein Prozeß von grundsätzlicher Bedeutung für die Kokerelarbeiter des rheinisch-westfälischen Industriebezirks hat nach fast zweijähriger Dauer durch Urteil des Duisburger Landesarbeitsgerichtes vom 5. Mai 1930 seinen Abschluß gefunden. Leider ist das Gericht durch das Verhalten der Kläger gezwungen, zu einer Abweisung der Klage gekommen. Das Verhalten der Kläger verdient einmal im Interesse der auf den Kokerelen beschäftigten Arbeiter, dann aber auch im Interesse sämtlicher Arbeiter öffentlich bloßgestellt zu werden, um daraus die notwendigen Lehren und Schlußfolgerungen zu ziehen. Lassen wir die Tatsachen sprechen:

Auf Grund des Mehrarbeitsabkommens für den rheinisch-westfälischen Bergbau ist für verschiedene Gruppen der Arbeiter die keine festumgrenzte Pausen haben, Arbeitsbereitschaft zugelassen. Für die richtige Auslegung des Begriffs: „Arbeitsbereitschaft“ kämpfen die Organisationen seit Jahren, weil in den meisten Fällen von den in Betracht kommenden Arbeitern in den „Pausen“ keinerlei Aenderung ihrer Arbeitsweise eintritt. Das Reichsarbeitsgericht hat nun in mehreren Entscheidungen festgelegt, daß unter Arbeitsbereitschaft etwas anderes als Arbeit zu verstehen ist, der Arbeiter also nur unter geminderter Aufmerksamkeit beobachtende Tätigkeit ausführen soll.

Bereits im Jahre 1928 hatten 2 Arbeiter eines Duisburger Kokerelbetriebes diese verfahrenen Mehrarbeitsstunden am Duisburger Arbeitsgericht eingeklagt und dort ein obsiegendes, ausdrücklich nicht berufsungsfähiges Urteil erhalten, und wurde infolgedessen die Arbeitsweise der Gruppen abgeändert in der Weise, daß den Leuten Ablöser gestellt wurden. 17 Arbeiter desselben Kokerelbetriebes klagten nun nachträglich durch unseren Verband ebenfalls am Duisburger Arbeitsgericht, und unter demselben Vorsitzenden (Arbeitsgerichtsrat Kögel), ihre Mehrarbeitsstunden ein, und war es hierbei bezeichnend, daß dasselbe Gericht in diesem Falle den Anspruch der Kläger nach 10monatlicher Verhandlung abwies.

Die von unserem Verband gegen dieses in der Arbeiterschaft unverständliche Urteil am Duisburger Landesarbeitsgericht eingelegte Berufung, stand nun für die Arbeiter günstig, und es bestand die durchaus

berechtigte Hoffnung, daß in dieser überaus wichtigen Frage endlich eine Klärung herbeigeführt wurde. In der fast vierstündigen Sitzung am 5. April, erfolgte eine eingehende Zeugenvernehmung beider Parteien, ebenso hatte der Duisburger Gewerberat a. D. Schnöpf ein schriftliches Gutachten erstattet, wozu derselbe außerdem noch gutachtlich vernommen wurde. Die Klage, deren Wichtigkeit auch von der Arbeitgeberseite längst erkannt war, wurde auf der Gegenseite von Herrn Rechtsanwalt Dr. Mansfeld vertreten. Die Urteilsverkündung, der noch eine Werksbesichtigung vorhergehen sollte, war auf den 5. Mai festgelegt. In der Zwischenzeit vom 5. 4. bis zum 5. 5. zogen nun von den ehemals 17 Klägern, von zweien war die Forderung schon am Arbeitsgericht von den Beklagten anerkannt worden, 14 ihre Vollmacht zurück, so daß nur noch 1 Kläger, der nebenbei schon fast ein Jahr von dort entlassen war, übrigblieb. Die Kläger waren durch Mitglieder des „Verbandes nationaler Arbeiter“ beeinflusst worden, doch die Vollmacht zurückzuziehen, und ist es dabei interessant, daß sich hierbei ein Betriebsratsmitglied der gelben Bewegung besonders bemüht hat, woraus hervorgeht, wie diese Selben ihre Tätigkeit als „Arbeitervertreter“ auffassen und ausüben.

Aber die Gemeinheit geht noch weiter. Zwei der zurückgetretenen Kläger erschienen beim letzten Termin als Zeugen für die Werksleitung, um zu bekunden, daß ihre für sich selbst aufgestellte Forderung nicht begründet sei, weil sie innerhalb ihrer Arbeitszeit genügend Pausen zum Essen und so weiter gehabt hätten, wobei sie die Zeitung und sogar Bücher !! hätten lesen dürfen. Der eine Zeuge ging sogar so weit, daß er dem Richter erklärte, innerhalb einer Stunde vielleicht nur 8-10 Minuten effektive Arbeitszeit zu haben, die andere Zeit sei Arbeitsbereitschaft. Vom Prozeßvertreter der Arbeitnehmerseite sowie vom Vorsitzenden wurden beide Zeugen auf das Widersprechende ihrer Aussage und ihrer eigenen Klage aufmerksam gemacht, diese blieben aber bei ihrer Aussage, wobei der eine Zeuge erklärte, sie seien eines besseren belehrt worden. (Von wem?) An einer derartigen Aussage, die sich im vollständigen Gegensatz zu den früheren Aussagen befand, konnte leider das Gericht nicht vorbeigehen und so erfolgte die Abweisung der Berufung des einen Klägers. Den „Danke des Vaterlandes“ haben die zurückgetretenen Kläger vom Arbeitgebervertreter Herrn Dr. Mansfeld im Termin sofort erhalten. In dem derselbe der Zurücknahme der Klage, die rechtlich nur in seinem

„Teufel“, der einen wilden Satz tat, aber von der harten Faust seines Reiters zur Ruhe gezwungen wurde. Als nun auch die Söhne aufstiegen, stürzte die Mutter zu Andry hin, faßte seinen Steigbügel, klammerte sich am Sattel fest und drückte ihr Gesicht gegen seine Schenkel. Andry beugte sich nieder und legte seinen Arm um der Mutter Nacken. Bulba sah unwirsch hin, gab den zurückbleibenden Dienern einen harten Wink, und die Männer führten die Herrin ehrerbietig ins Haus.



Als aber die Reiter den Hof verließen, ließ sie ihnen trotz ihrer hohen Jahre mit der Schnelligkeit einer Hindin nach und wollte noch einmal in wilder, wahnsinniger Angst den Sohn umarmen. Aber die Diener hielten sie zurück. Die jungen Kosaken ritten niedergeschlagen an der Seite ihres Vaters, und Andry mußte sich Zwang antun, daß ihm nicht Tränen kamen.

Die Sonne war noch nicht aufgegangen. Im Grase glänzten die Taupfropfen, und die weiße Ebene dampfte vom Nebel. Nicht lange dauerte es, da entschwand das Vaterhaus den rückschauenden Blicken der jungen Krieger. Die Sonne ging auf und zerteilte rasch den Nebel. Die unermeßliche Ebene lag nun vor ihnen, diese Ebene, auf der sie in ihren Knabenjahren mit dem Hirten die Pferde gehütet und am Feuer gelegen, wo sie sich im Grase gewälzt und das Fuchslotz aufgestöbert hatten, bis zu den Tagen, da sie als Schüler nur zeitweilig und selten Gäste im Hause des Vaters waren und sie zu einer Hehjagd sich schon selbst das Pferd von der Weide holen durften. Dann erhob sich die Steppenlandschaft

in einer Bodenwelle, und hinter ihnen versank alles, was sie an Heimat und Jugend erinnerte.

Bulba und seine Söhne ritten noch immer schweigend ihres Weges. Der Vater dachte an längst vergangene Tage; seine eigene Jugend wurde wieder lebendig, die schöne Jugend, die der alternde Kosak zurücksehnt; denn er möchte für immer gelenkig und kräftig für das abenteuerliche Kriegerleben bleiben. Bulba fragte sich, wie viele der alten Gefährten er wohl in der Steppe wiederfinden werde. Er überzählte die Gestorbenen und dachte an die noch Lebenden. Er senkte traurig sein graues Haupt, weil er die liebsten Jugendfreunde schon längst verloren hatte. Ostap und Andry erwarteten zwar gespannt das Leben des kriegerischen Lagers, und waren froh, daß das enge und gezwungene Schülerleben in Kiew für immer hinter ihnen lag. Ostap hatte die Laufbahn des Wissens damit begonnen, daß er gleich in den ersten Wochen wieder davonlief. Er kam aber nicht heim; ein paar Tage irrte und wanderte er. Da wurde er erwischt und grausam geschlagen und wieder zu den Büchern gesperrt. Viermal vergrub er die verhasste Bibel, und viermal nach unmenschlichen Züchtigungen sah er vor einer neuen. Er wäre in dem trohigen Haß gegen Schule, Lehrer und Bücher geblieben, wenn ihm der Vater nicht gedroht hätte, daß er ihn auf zwanzig Jahre als dienenden Bruder in ein Kloster sperren würde. Er dürfe auch nicht ein Krieger werden, wenn er nicht alles lerne, was die Lehrer von ihm verlangten. Diese Drohung war dem Knaben so fürchterlich, daß er mit Eifer alles lernte und der beste Schüler wurde, und dabei war die Art des ganzen Unterrichts von einer trostlosen Langweile und hätte selbst einen anderen, der ein Freund der Bücher und des Wissens war, angeeifert. Es war nichts als ein bloßes, stumpfsinniges Lernen aus den Büchern, die mit dem bunten, farbigen Leben nichts Gemeinsames hatten und voll waren von Kniffen und Spitzfindigkeiten. Dieser geistlose Unterricht, dazu die häufigen Hungerstrafen, die schlechte Kost und die Enge des Tages weckten in dem Jüngling schließlich einen mächtigen Tatendurst, der nur im Kriegslager und in Kriegszügen seine Befriedigung finden konnte.

Nicht alle Kameraden Ostaps hatten die Kraft, ein solches Schülerleben zu ertragen. Sie flohen zur Steppe, wenn sie den Weg wußten, und nicht zurückgebracht wurden; und oft genug gab es unter den Schülern geheime Verschwörungen. Ostap wußte wohl darum, aber er kannte die unbeugsame Härte seines Vaters und wußte, daß er die einmal ausgesprochene Drohung auch ausführen werde. So blieb er und bli-

Einverständnis hätte erfolgen können, Widerspruch, dann Veräumnisurteil beantragte weil kein berechtigter Vertreter am Gericht erschienen war, und somit das Veräumnisurteil erfolgen mußte. Die Folgen dieses Urteils machten sich noch an demselben Tage bemerkbar, indem schon für die Nachtschicht die bis dahin gestellten Abfänger zurückgenommen wurden und somit die Leute jetzt gezwungen sind für die ganze Dauer der Schicht ihre fortlaufende Arbeit zu verrichten.

Diese Tatsachen, die sicher kein Ruhmesblatt für die beteiligten Kläger darstellt, mußten einmal den betreffenden Arbeitern, dann aber auch der Öffentlichkeit unterbreitet werden, damit dieselben sehen, wer Schuld an dem ungünstigen Ausgang des Prozesses hat. Diese Schuld ist nur einzig und allein Mitgliedern der nationalen Arbeitnehmer: „Der Deutsche Arbeiter“ zuzuschreiben, die auf der betreffenden Kolerei in diesem Jahre zum ersten Male eine Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl einreichten, und dadurch Uneinigkeit unter die Arbeiterschaft brachten. Den Erfolg dieser Betriebsratsstätigkeit habe ich geschildert. Ein

neues Mandat dieser „Arbeitervertreter“ steht bevor resp. ist schon eingeleitet. In der Woche vom 12. bis 17. Mai haben sie auf dem Werke vorgebrachte Erklärungen an die Arbeiter verteilt, deren Inhalt besagt, daß sie sich bereit erklären, auf 2% ihres Lohnes zu verzichten.

Ein weiteres Glaslo haben die Kläger nun noch zu verzeichnen, die geglaubt haben, durch ihre Zurückziehung der Vollmacht sich den Arbeitsplatz zu sichern. Infolge Stilllegung der Hütte, soll nun auch die Kolerei stillgelegt werden; sie haben einmal ihre Ansprüche, die 40—180 M je Mann betragen, preisgegeben, haben die nicht unerheblichen Kosten des Prozesses zu tragen und verlieren trotzdem den Arbeitsplatz.

Den irreführenden Arbeitern rufen wir zu: Heraus aus diesen „Auch-Arbeiterorganisationen“ und hinein in den Christlichen Metallarbeiterverband, der auch durch die fast zwelfährige Führung dieses Rechtsstreits bewiesen hat, daß er gewillt ist, die Belange der Arbeiter in jeder Hinsicht zu vertreten. G.

Branchenbewegung

Maschinenbauer-Betriebsvertreter-Kursus

Im Bildungsheim der Christlichen Arbeiter „Unser Haus“ zu Königswinter veranstaltete der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands einen Wochenkursus für führende Betriebsvertreter aus der Kraft- und Werkzeugmaschinen- sowie aus der Motorenbauindustrie. Der Kursus war von 60 Teilnehmern besucht, die in den namhaftesten Betrieben dieser Branche tätig sind, und zwar in folgenden Berufen: 16 Schlosser, 12 Dreher, 10 Maschinenarbeiter, 5 Monteure, 4 Mechaniker, 3 Kontrolleure, 3 Vorzeichner, 3 Formner, 2 Schmiede, 2 Schweißer und 1 Schleifer.

Das Programm des Kursus sah zunächst vor eine Behandlung der weltanschaulichen Einstellung und der geistigen Aufgaben unserer Bewegung und Vertreter. Als dann wurde die wirtschaftliche Lage behandelt, wie sie allgemein durch Krieg, Rationalisierung, Konzernierung und Kartellierung sowie im besonderen in der Maschinenbauindustrie und der in ihr tätigen Arbeiter vorliegt. Nach einer arbeitsrechtlichen Einführung wurde weiter erörtert: Rechtsstellung, Befugnisse und Aufgaben der Betriebsvertreter sowie die Rechtslage bei Entlassungen, Arbeitsaussetzungen und Betriebsstilllegungen. Nicht minder wurde auch über wissenschaftliche Betriebsführung (kaufmännische und organisatorische) als auch über neuzeitliche Lohn- und Akkordmethoden eine gute Einführung gegeben, desgleichen auch über einschlägige Fragen des Arbeiterschutzes, der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege. Das weitere Thema: „Wie gestalten wir unsere Amtstätigkeit fruchtbarer?“ brachte ebenfalls eine ganze Fülle von Anregungen für die Praxis und für die Taktik der Vertreter. Nicht minder auch der Schlussvortrag über die Kulturmission der Betriebsvertreter der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung.

Neben den mündlichen Darbietungen wurden den Teilnehmern schriftliche Ergänzungen zu den einzelnen Abhandlungen zur Verfügung gestellt und mit ihnen erörtert. Die einzelnen Vorträge wurden zur Hälfte von tüchtigen wissenschaftlichen Sachkräften und im übrigen von praktisch

tätigen Kräften des Verbandes erstattet. Der Kursus nahm einen nach jeder Richtung hin sehr guten Verlauf. Er zeitigte vor allem staunenswerte Ergebnisse der rührigen Bildungsbestrebungen des Verbandes, die auch nach dieser Richtung hin weiter fortgesetzt werden sollen. M.

Klempner und Installateure

Sonnabend, den 24. Mai fand in Breslau eine gut besuchte Versammlung unserer Klempner und Installateure statt. Nachdem Kollege Sübner Ausführungen über den Zweck der Zusammenkunft gemacht hatte, wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, in Zukunft jeden Monat eine besondere Branchenersammlung zu veranstalten. Die Kollegen Schwager, Dybit und Werner wurden zum Vorstand der Branche gewählt. Eine regere Agitation soll in beiden Berufen einsehen, und es versprochen die anwesenden Kollegen, ihr Möglichstes zu tun.

In letzter Zeit fanden Tarifverhandlungen mit der Klempner-Zwangsinnung Breslau statt. Trotz heftiger Gegenwehr des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm unser Christlicher Metallarbeiterverband erstmalig an diesen Verhandlungen teil. Der DMV scheute sogar vor Auseinandersetzungen im Beisein der Verhandlungskommission der Innung nicht zurück und erklärte, daß er auch in der Zukunft nur alleiniger Tarifkontrahent sein will und gemeinsame Verhandlungen mit dem Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes ganz entschieden ablehne. Nach heftigen Auseinandersetzungen gaben die Vertreter des DMV ihren geäußerten Standpunkt auf, und es konnten die Verhandlungen stattfinden, welche allerdings zu keinem Ergebnis führten. Der vom Schlichtungsausschuß Breslau gefällte Schlichtspruch wurde von den Verbänden abgelehnt. Von der Innung wurde die Verbindlichkeit beantragt. Bei den Verhandlungen vor dem Schlichter wurde eine Vereinbarung erzielt, welche einige Verbesserungen für die Gesellen brachte. P. H.

die Föhne zusammen und verriet keinen seiner Kameraden und blieb stumm und trohig, wenn ihm die Lehrer mit dem Steigbügelriemen ein Gesändnis herauspressen wollten. So wurde sein Charakter stolz und starr, und er gewann schon in jungen Jahren die ganze Unbeugsamkeit eines Kosaken. Die Tränen seiner Mutter beim Abschied hatten ihn zwar gerührt, aber das war auch das einzige, was ihm für die ersten Stunden des Rittes das Herz schwer machte. Sein ganzes Wesen verlangte nach der Freiheit der Steppe.

Sein jüngerer Bruder war viel lebhafter, offener und weichmütiger. Er hatte mit großer Lust und ohne viel Anstrengung gelehrt, die zwar den Charakter schwer und langsam, aber auch energisch macht. Er war auch ruhiger als der ältere Bruder und hatte nicht selten mit den Kameraden einen leichten Schülerstreich erdacht und ausgeführt, und während sein Bruder Ostap eine verhängte Strafe ohne Widerspruch auf sich nahm und den langen Schülerstock auszog und sich schlagen ließ, wußte Andrys erfinderischer Geist die Strafe zu vereiteln. Sein Gemüt konnte sich an den Plänen zu großen Taten begeistern, aber es war auch empfänglich für Zuneigung, Freundschaft und Liebe. Er verbarg diese Empfindungen seines jungen und brausenden Gemütes sorgfältig vor den Kameraden, denn es war schimpflich für einen Kosaken, an Liebe und Zuneigung zu denken, ehe nicht auf dem Schlachtfelde die ersten Waffentaten vollbracht waren. In den letzten Jahren seiner Schülerzeit, da er allmählich ein Mann wurde, kam ihm nur noch selten die Keigung zu lecken und abenteuerlichen Streichen. Dagegen schlenderte er oft durch die abgelegenen Straßen von Kiew, wo kleine und friedliche Häuser in bunten Gärten standen. Zuweilen kam er auch in die vornehme Stadtgegend des Adels, in die schönen Straßen, die heute das alte Kiew bilden. Da waren große und prächtige Steinhäuser, die von russischen und polnischen Edelleuten bewohnt waren. Als er so eines Tages träumend durch die Straßen streifte, hätte ihn beinahe der schwere Prunkwagen eines polnischen Edelmannes zerquetscht, und der Kutscher, ärgerlich über die Störung der glatten Fahrt, gab ihm einen heftigen Peitschenhieb. Der Junge schäumte vor Wut, faßte tollkühn und kräftig ins Hinterrad des Wagens und brachte ihn auch wirklich auf einige Augenblicke zum

Stehen, bis die wuchtige Kraft der wieder anziehenden Pferde die Zäumung überwand. Im starken Rud des Anziehens wurde er mitgerissen und in den Straßenkot geschleudert. Wütend wollte er dem Wagen nachspringen, da hörte er über sich ein helles, klingendes Lachen. Er blieb stehen und sah an einem offenen Fenster des Hauses ein junges Mädchen von hoher Schönheit. Sofort vergaß er das ärgerliche Erlebnis und stand wie festgebannt und konnte sich nicht satt sehen an dem lächelnden Mund und den lustigen Augen. Wer mochte dieses schöne Mädchen sein? Er fragte einen der vornehm gekleideten Diener, die vor dem Hause um eine junge Straßensängerin versammelt standen. Sie lachten ihn erst schallend aus, als sie sein toteschmühtes Gesicht sahen, und wollten ihm nicht antworten. Da fragte er dringender, und schließlich sagte ihm einer lässig und hochmütig, daß das junge Mädchen die Tochter des Präsidenten von Komono sei, der auf einige Tage nach Kiew gekommen war. Andrys ging heim in seine Schulkajette, völlig beherrscht von dem Gedanken: du mußt das junge Mädchen noch einmal sehen! In der nächsten Nacht ließ er heimlich mit einigen vertrauten Kameraden die Schule und kletterte über die Mauer in den Garten des Hauses, das er sich wohl gemerkt hatte, erstieg einen Baum und gelangte von einem hochästigen Zweig mit einem kühnen Schwung aufs Dach. Vorsichtig kletterte, glitt und rutschte er zur Frontseite des Hauses und prüfte weit vorgebeugt die Lage des Fensters, an dem er das junge Mädchen gesehen hatte, und rückwärtschauend, stellte er dann fest, welcher von den Kammerdienern zu ihrem Zimmer gehörte; dann kletterte er ohne Besinnen in diesen Kamin hinab. Er gelangte auch wirklich in das Zimmer der Schönen, die vor ihrer Lampe saß und eben den reichen Schmuck, Ring, Armbänder und die Halskette ablegte. Die Polin erschrak heftig beim Anblick des unbekanntem Menschen, der so plötzlich, beschmüht und geschwärzt, aus dem Kamin polterte. Vor Schrecken stand sie lautlos da. Als sie aber sah, daß der junge Mensch ruhig vor dem Kamin stehen blieb, kaum einen Finger zu rühren wagte und sie nur ehrfürchtig und bescheiden anjah, da vergaß sie die Furcht, betrachtete ihn nun genauer und erkannte in ihm den Jüngling, der am Tage zuvor auf der Straße so lächerlich hingestürzt war. (Fortsetzung folgt.)

Wir Metallarbeiterfrauen und das Notopfer

Die Frau eines Kollegen aus Duisburg-Meiderich sendet uns folgende sehr beachtlichen Ausführungen über Nächstenliebe und Notopfer. Wir veröffentlichen sie um so lieber, weil sie den Geist offenbaren, in dem die Frauen unserer Kollegen leben.

Die Reb.



„Liebe Hanna! Schäle für morgen drei Kartoffeln mehr und gieße ein wenig Wasser mehr zur Suppe; ich lade mich bei Dir zum Mittagessen ein.“ Mit dieser kurzen Mitteilung zeigte ich meiner Freundin, ihres Zeichens Hauptlehrerin an einer Sülfschule zu S., mitten im Industriegebiet, meinen Besuch für den folgenden Mittag an. Da ich weiß, daß sie bis um 12 Uhr Unterricht hat, bin ich um 12.05 Uhr an ihrer Wohnung und kann sie nicht verfehlen. Bald schon kommt die Erwartete, und wir gehen in ihre Wohnung. Ich hatte meine Freundin in dieser Wohnung noch nicht besucht, denn sie bewohnte sie erst seit zwei Monaten: vier große Zimmer mit Nebenräumen und sonstigen modernen Bequemlichkeiten, Mietpreis monatlich 80 RM. Mir läuft ein gelinder Schauer über den Rücken, als ich die Summe nennen höre. Raum haben wir uns ein wenig umgesehen in der Wohnung, da führt Hanna mich in die Küche. Ich staune. Dort hantiert ein flinkes, sauberes, junges Mädchen. Bis jetzt hat meine Freundin fast sämtliche Hausarbeit allein gemacht, behalf sich mit einer Putzfrau, die zwei- bis dreimal wöchentlich kam. In der Küche ist der Tisch schon gedeckt, und zwar für fünf Personen. Na, denke ich, soll Hanna grad für heute sich Besuch eingeladen haben? Ich, die ewig geplagte Hausfrau und Mutter, hatte mich doch so auf eine ruhige Stunde mit ihr gefreut.

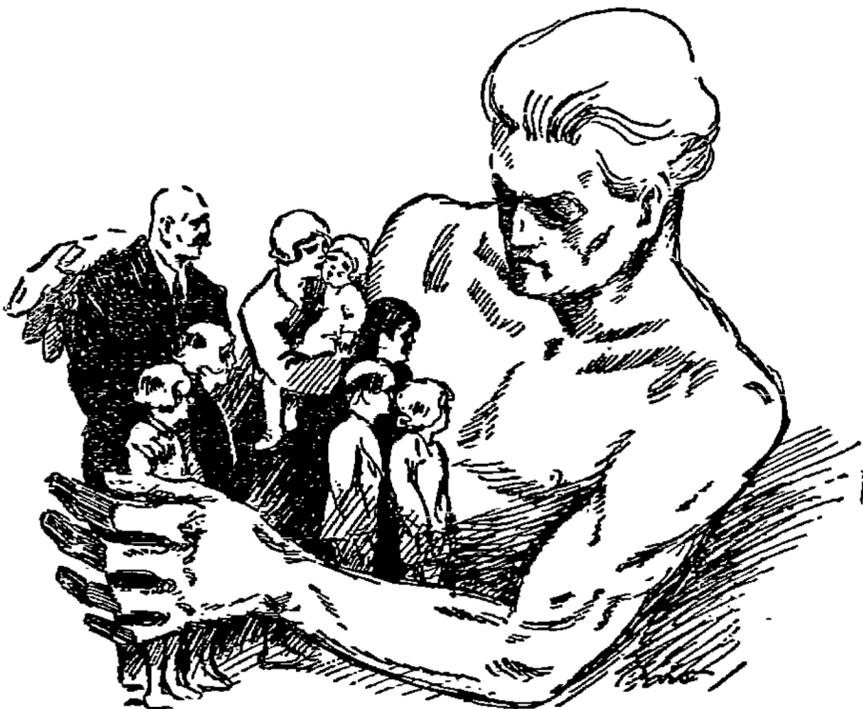
Es bleibt keine Zeit zu fragen, da klingelt es, und das Mädchen führt zwei Knaben von zehn und zwölf Jahren herein. „Kommt nur frisch herein, grüßt schön unsern Besuch, und dann wollen wir essen.“ Die beiden Knaben sind kein bißchen zimperlich; bald sitzen wir um den Tisch herum. Bei der Suppe höre ich dann, daß beide Kinder schon seit zwei Monaten täglicher Gast am Mittagstisch bei ihrer Lehrerin sind. Beide entstammen einer kinderreichen Familie. Beim Gemüse weiß ich dann, daß die Väter der beiden ohne ausreichenden Verdienst sind. Und beim Nachtisch stelle ich fest, daß beide jungen Gäste über einen gesegneten Hunger verfügten. Und daß sie nun täglich so sorglos ihre Beine unter einen gedeckten Mittagstisch stellen dürfen, scheint ihnen wohl zu bekommen. Fröhlich ziehen sie ab, nachdem sie das Tischgebet vor-

gebetet hatten. Während das Mädchen nun abdeckt und die Küche in Ordnung macht, haben wir beide endlich ein ruhiges Stündchen für uns, und nun kann ich es nicht lassen, über dies und jenes zu fragen und zu plaudern. Das junge Mädchen hatte meine Freundin sozusagen von der Straße aufgelesen. Auf einem ihrer Fürsorgegänge hatte sie es kennengelernt. Und, wie's scheint, noch im günstigen Augenblick. Die Arbeit und regelmäßige Beschäftigung unter einer liebevollen, aber festen Anleitung scheinen dem jungen Mädchen zu gefallen, und wenn es standhält, wird bestimmt noch einmal eine gute, lebenslichtige Frau aus ihm

Ich kann nicht umhin, den Gedanken auszusprechen: „Wieviel Elend, Unglück, Schande könnte verhindert werden, wenn sich in selbstloser, helfender Liebe starke Menschen mit Liebe und Kraft der großen Menge der gefährdeten jungen Menschenkinder annähmen!“ Und dann reden wir von den beiden Buben, die täglich sich bei ihrer Lehrerin satt essen können. „Wird dir das auf die Dauer nicht zuviel, Hanna?“ frage ich, „du stellst doch täglich nun dreien die Kost auf den Tisch, und dem Mädchen gibst du dazu doch noch den ortsüblichen Lohn.“ Da sagt mir Hanna mit der größten Selbstverständlichkeit: „Nun, ich verdiene ebensoviel wie ein Mann. Gar viele, ja, die meisten Familienväter verdienen längst nicht soviel wie ich, und da möchte ich auch so viele ernähren wie ein Mann ernährt. Ein Familienvater muß die Seinen auch noch kleiden, für die Kleidung meiner Schützlinge Sorge ich nicht; also mach nur nicht soviel Worte wegen meiner Sorge um die drei armen Menschen. Dazu kommen diese drei aus Familien, in denen den Kindern schon in allerfrühester Jugend die gesellschaftlichen Unterschiede mit allen Mitteln bewußt zur Erkenntnis gebracht werden mit dem Zweck, sie in Gegensatz zur bestehenden Ordnung zu bringen. Und ich glaube bestimmt, daß mehr als alles andere ein bißchen liebende Sorge um die Kinder der Irregelernten ihnen Lebensfreude und Hoffnung bringen kann und ein Besinnen auf das Wahre.“ Da aber denke ich still für mich: Wie groß ist doch deine Tat, da du selbst so klein sie einschädest! Je demütiger der Mensch über sein eigenes Tun denkt, desto größer wird der Ewigkeitswert seines Handelns.

Plötzlich sind wir beide ganz unversehens auf das Gebiet der Politik gekommen. Das Wort „Notopfer“ ist in unserm Gespräch gefallen. Wird das „Notopfer“ überhaupt einmal Gesetz werden, oder scheuen sich die Leute, die da am grünen Tisch über die Paragraphen und Verordnungen entscheiden, es zum Gesetz zu machen, da sie Angst haben, sich ins eigene Fleisch zu schneiden? Unterdes aber geht die Not weiter, sie wächst bis zur Unerträglichkeit sich aus. Und aus der Not wächst der Haß, und der Haß gebiert die schlimme Gewalt. Ebenso lebendig wie die Not ist auch der Haß. Not und Haß aber lassen sich nicht bekämpfen mit großen Worten; nicht Gesetze können sie bezwingen, das kann nur die Liebe. Die Liebe zu den von der bitteren Not Heimgefuhten muß in den Herzen der Bessergestellten aufflammen. Sie sollen nicht warten, bis das Gesetz ihnen einige Mark abknöpft, sie sollen vielmehr aus eigenem Antrieb gerne ihr Scherflein geben zur Linderung der entsetzlichen Not. Es sage keiner, er könne nicht helfen; das wäre gleichbedeutend mit einem „Ich will nicht“. — Ja, wären die Beamten so wie meine Freundin Hanna, dann ließe sich über manches reden. Aber gerade die Beamten sind leider heute die größten Kämpfer gegen ein Notopfer.

Wenn alle etwas mehr wahre Liebe zeigten, so brauchte das „Notopfer“ nicht zum Gesetz werden. Es wäre dann ein ungeschriebenes, aber streng verpflichtendes Gesetz des menschlichen Herzens für den einzelnen, ein Gesetz der menschlichen Gesellschaft für die Allgemeinheit. Aber leider gebraucht unsere materialistische Zeit solchen Zwang. Das „Notopfer“ ist das notwendigste Opfer. Es muß kommen! Berta Messer, Duisburg.



Das Tischgespräch und die Kinder



Die Erziehung unseres Nachwuchses zu leiblicher, seelischer und gesellschaftlicher Tüchtigkeit ist heute die oberste Pflicht der Eltern, Gesundheit und soziale Förderung des Familienlebens die besondere Aufgabe des Staates. Freilich haben die drangvollen Zeitumstände, die wirtschaftlichen Nöte und der verschärfte Daseinskampf auf Haus und Erziehung eher zerstörend als aufbauend eingewirkt. Und seien es auch nur die Ansprüche des Berufs und des Alltags, — unter den heutigen Verhältnissen tragen auch diese schon dazu bei, das Familienleben, besonders bei größerer Kinderzahl, zu zerreißen. Wie wenige Familien gibt es heute, zumal in der Großstadt, die eine Erlebnisgemeinschaft im wahrsten Sinne des Wortes sind! Jeder geht am Tage seinen Sonderpflichten nach, die ihn zu ganz unregelmäßigen Zeiten ins Haus zurückführen. Die Kinder kommen oft zu verschiedenen Stunden aus der Schule, ja, manche Glieder der Familie sehen sich nur noch früh und abends und auch da nur vorübergehend. Entfremdung zwischen Eltern und Kindern und Mangel an erzieherlicher Beeinflussung sind die notwendigen Folgen. Unsere Familie braucht daher wieder Bindeglieder. Sie braucht ein täglich sich erneuerndes Gemeinschaftsleben, um ihren Aufgaben gegenüber der jungen Generation gerecht werden zu können!

Und wo gibt es am Tage einen geeigneten Zeitpunkt, an dem alt und jung in zwanglosem Gespräch, in Scherz und Ernst einander näherzukommen vermögen, an dem die Eltern die innere Führung mit ihren Kindern aufrechterhalten und u. a. mit einem so einfachen Mittel, wie es das Tischgespräch darstellt, auf die heranwachsende Jugend erzieherlich einwirken können?

Die Stunden, an denen alle oder wenigstens die meisten Mitglieder der Familie beisammen sind, sind die des Mittags- und Abendessens. Leider auch hier mit Unterschieden! Durchgehende Geschäftszeit oder berufliche Abhaltungen ermöglichen ein gemeinsames Mittagessen oft nur an Sonn- und Feiertagen. Dazu kommt, daß bei größerer Entfernung von der Arbeitsstätte das Essen in Hast und Eile eingenommen werden muß, daß die aus der Schule kommenden Kinder oft körperlich und geistig ermattet sind und erfahrungsgemäß erst nachmittags und abends, wenn ein gewisser Abstand zu den Erlebnissen des Vormittags gewonnen ist, aus der Schule erzählen und sich aussprechen. Gelegenheit zu einem in Ruhe vor sich gehenden Gedankenaustausch vermag das Mittagessen daher in den meisten Familien nicht zu bieten. Günstiger ist die Stunde der Abendmahlzeit. Diese pünktlich einzuhalten, wird eher möglich sein, und das Bewußtsein, daß die Berufspflicht des Tages hinter einem liegt, hat von selbst eine wohltuende geistige Entspannung im Gefolge. Erst diese schafft den geeigneten Boden für ein Eingehen auf die Interessen des Hauses, auf das Wohl und Wehe der Kinder und auf ihren Gedankenkreis.

Wie kann nun das Tischgespräch am besten seine Aufgaben an Familie und Kind erfüllen?

Es wäre verfehlt, mit einem von vornherein festgelegten Programm ans Werk gehen und pedantisch bestimmte Fragen zur

Debatte stellen zu wollen. Nein, das Tischgespräch ist ein Kind des Augenblicks; es muß aus der Situation, aus Stimmung und jeweiligen Erlebnissen der Familie heraus geboren sein. Ebenso abwegig wäre es, die Jugend zum Zuhören zu verurteilen. Ganz im Gegenteil! Man gehe gerade von ihrem Erlebniskreis aus; man werde selbst Kind und nehme sich die Mühe, mit ein paar Fragen die Verbindung zur Gedankenwelt des Jugendlichen herzustellen. Auch hier würde man Mißerfolge ernten, wollte man etwa bei einem Schulkinde sich zunächst eingehend nach den in der Schule behandelten Unterrichtsstoffen erkundigen. Nein, man packe die Sache am anderen Ende an und frage, was für Spaß es in der Schule gegeben habe. Solchen gibt es bekanntlich immer, und falls es dem Lehrer an Humor fehlt, schafft sich das Kind seinen Humor selbst. Faßt man das Tischgespräch zunächst als eine Stätte des Humors auf, so erschließt sich das Innere des Kindes am schnellsten; es wird freiwillig und offen von diesem und jenem Vorkommnis erzählen, so daß man von da aus zu allen Gängen des kindlichen Gedankenlebens den Zugang finden und behalten kann.

Soll die Gemeinschaft der Familie nicht nur äußerlich sein, so müssen Vater und Mutter aber auch das Kind in ihren Erlebniskreis blicken lassen und damit rechte Führer in Welt und Leben bleiben. Das Berufsleben des Vaters darf dem Kinde kein Buch mit sieben Siegeln sein. Was — je nach der Altersstufe — an Erlebnissen im Beruf, an menschlichen Erfahrungen, an sachlichen Kenntnissen fördernd und erziehend wirken kann, enthalte man der Jugend nicht vor und erzähle man bei Tisch! Allen Fragen stehe man Rede und Antwort und verzichte darauf, das Kind etwa mit der bequemen, aber nicht selten zu hörenden Wendung abzufertigen: „Das wirst du schon noch in der Schule bekommen!“ Und wie reichen Stoff für Tischgespräche bietet die Zeitung, ganz gleich, ob die Jugend sie selbst liest oder ob die Eltern aus dem Gelesenen das Geeignete als Gesprächsstoff herausgreifen! Steht genügend Zeit und Muße zur Verfügung, so mögen die Kinder auch einmal dieses oder jenes, was von allgemeinem Interesse oder nach irgendeiner Richtung hin förderlich ist, bei Tisch vorlesen!

Guter Wille und ein wenig Geschick von Seiten der Eltern, — diese beiden Dinge genügen, um das Tischgespräch zu einem inneren Bindeglied und zu einem Stück Erziehung werden zu lassen. Das Vorhaben würde scheitern, wollte man nur lehrhaft einen Wust sachlicher Kenntnisse aller Art vermitteln. Nein, die Ziele stehen höher, so bescheiden sich das Tischgespräch im einzelnen Falle anläßt! Es gilt, das Kind zum Sehen anzuleiten, zum Nachdenken zu führen, Gesichtskreis und Menschenkenntnis sollen sich unvermerkt erweitern; es soll lernen, im Einzelfall das Allgemeine zu finden, und es soll schließlich über alles, was ihm entgegentritt, sich eine eigene, wohlgegründete Meinung bilden. Gerade auf diesen Meinungsaustausch in höherem Sinne mögen die Eltern mit dem Heranwachsen des Jugendlichen steigenden Wert legen!

K. Weitzel.

Von unseren Kindern und ihren Eigenschaften



„Pauken will nicht hören!“ Und er hat es doch so gut und kriegt alles, was er will“, sagt Frau Lieblich traurig zu ihrer Nachbarin. „Da seid Ihr selbst schuld daran“, meint diese ganz trocken. „Ich kann es ja verstehen, daß Ihr Euer einziges Kind so besonders lieb habt, aber gerade darum dürft Ihr ihm nicht allen Willen tun; Ihr macht es ja dem armen Kerl so schwer, später durchs Leben zu kommen. Man jagt auch, wenn ein Kind bis zum dritten Jahr nicht erzogen ist, so ist alles verloren. Wenn der Säugling nachts schreit, so laßt ihn brüllen und gebt ihm nur keinen Rudelepfropfen; die müßte man allemal auf einen großen Haufen tun und verbrennen. Richtet Euch nicht zu sehr nach dem Kinde; die Kinder sollen in unsere Welt hineinwachsen!“

Warum die Liese plötzlich schwindelt? — Ihr staunt, wenn ich sage, daß wir Erwachsenen daran schuld sind, weil wir es ihr täglich vormachen. Denkt mal, Vater kommt müde nach Hause, schmeißt sich aufs Sofa und will gerade so schön einschlafen; da kommt der dämliche Schuster von drüben und will über die neue Steuervorlage schimpfen. Vater weiß sich nicht

andere zu helfen, als daß er Lieschen ruft: „Sag mal dem Schuster, ich bin nicht zu Hause.“ Da mußte also die Liese auf Befehl die Unwahrheit sagen. Schlimm ist es, wenn sich Vater und Mutter nicht vertragen können und der Vater z. B. der Liese das erlaubt, was eben die Mutter verboten hat. „Tu's nur schnell, die Mutter sieht es nicht.“ Wie niedlich war doch die kleine Liese und wie niedlich sie sich mit kleinen Lügen zu helfen wußte! Die Eltern hatten ihr größten Vergnügen daran. Leider ist das nur kurz, denn aus kleinen Lügen werden große, und was Hanschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Glaubt euern Kindern nicht bedingungslos, sondern prüft ihre Aussagen nach, sonst machen sie sich bald lustig über euch! Wenn wir uns ein bißchen mehr Zeit nähmen für unsere Kinder, wäre manches besser. Die Liese hat der Mutter zuerst immer gesagt, wenn sie etwas entzweigemacht hat, aber weil die Mutter sie stets in sinnloser Wut und im Aerger über das Verlorene strafte, so suchte sie ihren Schutz im Lügen und hat es damit recht weit gebracht.

Der Junge ist so trotzig! — Oft ist Troß nur das Zeichen eines besonders starken, wünschenswerten Willens. Der steigert sich manchmal in unangenehmer Weise, auch durch unsere

Schuld. Viele Mütter hören sicher in aller ihrer Eise und Arbeit nicht das leise, berechtigte Rufen ihres Kindes; erst wenn es so laut brüllt, daß es wirklich unangenehm wird, dann läuft sie hin und tut alles, was es will. Das merkt sich der kleine Kerl genau und steigert sich bei allen Anlässen in solchen Zorn, daß man ihm allen Willen tun muß, damit er sich nur wieder beruhigt. Kinder sind Rätsel von Gott, doch schwerer als solche zu lösen, und nur der Liebe gelingt's, wenn sie sich selber bezwingt.

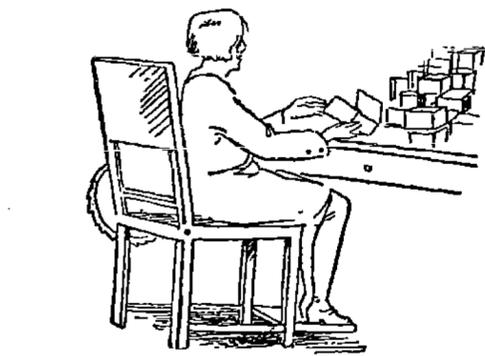
Wie kann bloß der Liebe Gott! — Mein kleiner Neffe Sans ist fünf Jahre alt und meine Nichte Käthe drei Jahre.

Sans fragt seine Mutter: „Mutti, wie kann man denn Kinder kriegen?“ „Na, erst muß man sich heiraten, und dann muß man den lieben Gott schön bitten. Vielleicht schenkt er einem dann eins.“ Sans ist zufrieden und verzieht sich mit seiner Schwester in die Kinderstube, und lange Zeit ist nichts von ihnen zu hören. Plötzlich schrecklich enttäushtes Weinen. Auf Mutters erschrecktes „Was ist denn los!“ bringen sie unter dicken Tränen heraus: „Und erst haben wir uns doch geheiratet, und dann haben wir den lieben Gott so lange gebittet, und nun haben wir doch keine Kinder gekriegt!“
Lisbeth Hanke, Breslau.

Frauenarbeit und Frauenhygiene

Nach einer der letzten Statistiken finden wir in Handel, Verkehr, Industrie und Handwerk die gewaltige Zahl von 4,5 Millionen erwerbstätiger Frauen. Besonders tragisch sind die Verhältnisse, in denen der Ehemann erwerbslos ist und die Frau und Mutter außer ihren zahlreichen häuslichen Pflichten durch Fabrikarbeit den Unterhalt der Familie zum größten Teil selbst erwerben muß. Die Fabrikarbeit aber nimmt unter den übrigen Arbeiten der Frau insofern eine ganz andere

Dieser durch die Notlage des Volkes bedingten Ueberanstrengung des weiblichen Körpers durch hygienische Maßnahmen entgegenzuwirken, ist die Pflicht eines jeden, dem das Wort „Die Gesundheit der Frau ist bestes Kapital aller Staaten“ nicht nur ein Wort, sondern auch eine Ueberzeugung bedeutet. Daß zunächst der schwangeren Frau die größtmögliche Schonung durch die Gesetzgebung gegeben werden muß, ist selbstverständliche Pflicht jedes Staates, der einen bewußten Zukunftswillen in sich trägt. Diese Pflicht aber kann erst als erfüllt gelten, wenn in der arbeitsfreien



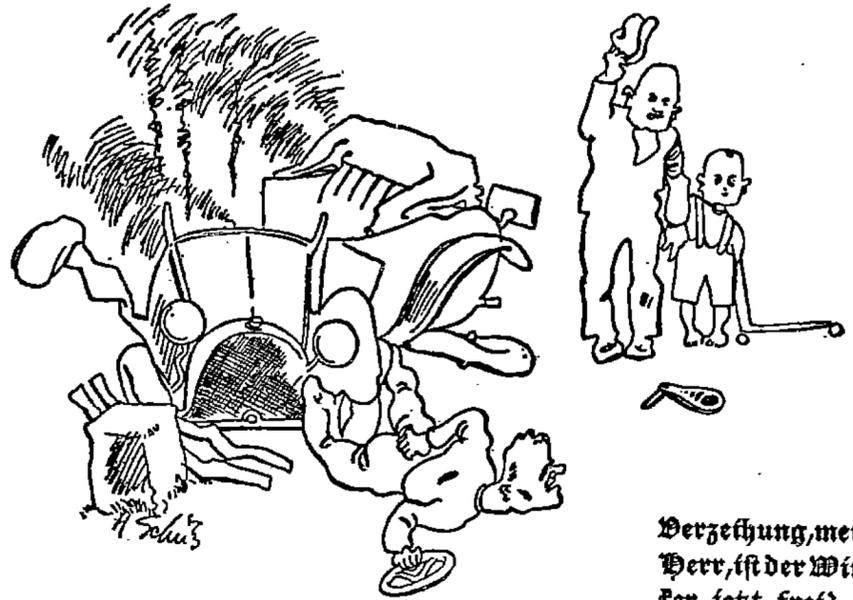
Gesunder Sitz



Der hygienische Schuh

Stellung ein, weil die Arbeit an der Maschine in ewig gleichmäßigem Rhythmus, nur von wenigen, zeitlich genau regulierten Pausen unterbrochen, vor sich geht. Bei der Hausarbeit dagegen, beim Heben, Tragen, Bücken, Waschen, Aufräumen usw. tritt nicht nur ein dauernder Wechsel der Muskelgruppen ein, sondern es besteht auch die Möglichkeit, in die Arbeitsleistung hinein selbstgewählte Pausen einzuschieben. Außerdem aber kommt bei der Fabrikarbeit hinzu, daß die verheiratete Fabrikarbeiterin nach Schluß des Achtstundentages außerdem noch die häusliche Arbeit verrichten muß.

Etwas vom menschlichen „Gemüt“



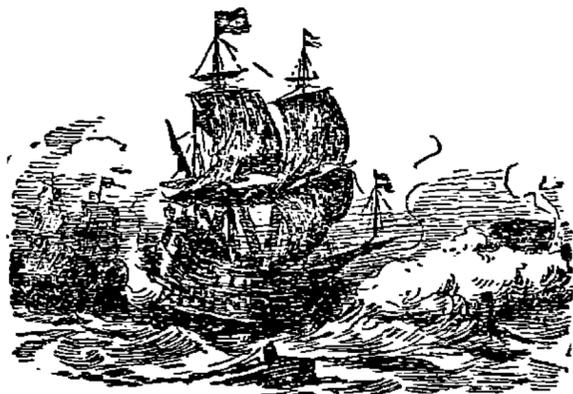
Verzehrung, mein Herr, ist der Winter sehr fett!

Für unsere Jungen

Nichiel de Ruyter

IV.

Das war die „Diertage-Schlacht“, durch welche Englands Vorkherrschaft zur See auf ein halbes Jahrhundert hin erschüttert wurde. Was Spanien vergeblich angestrebt, was Frankreich sehnlichst wünschte, dem kleinen Holland war es gelungen. Aber noch war kein Friede. So schnell gab sich England nicht besiegt. Da rief de Ruyter nochmals seine Flotte auf. Mit Besen am Mast, zum Zeichen, daß Holland die Nordsee rein gekehrt habe von den Briten, zog im Sommer 1667 eine stolze



Segelreihe nach England. Und nun vollführte de Ruyter sein kühnstes Stück. Ungeachtet der englischen Schiffe brach er in die Themse ein und fuhr mit seiner ganzen Flotte durch die durch schnell versenkte englische Schiffe schmal gewordene Fahrinne bis zu dem besetzten Chatam. Die eisernen Ketten zum Saufen wurden gesprengt, acht große Linienschiffe und zwölf Fregatten

vernichtet und die Landbatterien zerstört. London zitterte. Eine allgemeine Flucht setzte ein. Aber de Ruyter zog sich zur Mündung der Themse zurück und blockierte mit drei anderen Geschwadern England. Ein Zeichen der hohen Gesinnung de Ruyters war, daß er Plündern und Rauben streng bestrafte. Am 3. August 1667 brachte ein englisches Parlamentärboot die Nachricht vom Abschluß des Friedens. England lag auf den Knien. Zum ersten Male in seiner Geschichte.

Nun folgen fünf Jahre märchenhaften Aufstiegs und stolzer Blüte Hollands. Nicht umsonst heißt das 17. Jahrhundert in Holland das goldene Zeitalter; aber diese fünf Jahre waren der Edelstein darin. Noch heute kann man einen Abglanz davon in Holland finden.

Aber England hätte nicht England sein müssen, wenn es den Schlag hätte verwinden sollen. Es verband sich im Stillen mit der größten Landmacht Europas, mit Frankreich, zur Unterwerfung Hollands. Mitten im Frieden fiel Ludwig XIV. von Frankreich mit 200 000 Mann in Holland ein und drang 1672 schnell bis Utrecht vor. Da aber hinderte ihn das Wasser. Die Holländer hatten in ihrer Verzweiflung die Dämme durchbrochen, und ungehemmt ergossen sich die Wasser über das platte Land. Das Lilienbanner blieb im Sumpfe stecken. Damals wurde der Ruf geboren. „Holland in Rot“. Und es war in Rot. Nachdem der Zug zu Land nicht mehr weiter kam, sollte Holland von der Seeseite aus gefaßt werden. Die vereinigte englisch-französische Flotte, 145 Segel stark, suchte Holland abzuriegeln. Ganze 112 Segel konnte de Ruyter ihnen entgegen-

setzen. Alles stand auf einer Karte, daß Leben oder Tod der Nation von diesem Kampfe abhing, fand seinen sichtbaren Ausdruck darin, daß gleichsam der Staat selbst seine Flotte begleitete. Auf dem Achterdeck der „Sieben Provinzen“, dem Admiralschiff de Ruyters, saß auf seinem Ratsessel, im purpurnen Samtmantel, der Führer der Generalstaaten, der Ratspensionär de Witt, der größte Staatsmann Hollands. Es muß ein Bild altrömischer Größe gewesen sein, eine Geste, wie sie kaum je ein Staat wieder gefunden hat.

Der beispiellose Mut der Holländer und de Ruyters Genie siegten in diesem gewaltigen Ringen in der Solesdal. Die Franzosen flohen zuerst und rissen die Engländer in ihre Flucht mit hinein. Holland war vorerst gerettet.

Um Luft zu bekommen, hatte Holland Annäherungen an seinen alten Feind, an Spanien, versucht. Nichts kam diesem Lande gelegener. Frank-



Johan de Witt.

Schutzfrist vor und nach der Geburt die Frauen denselben Grundlohn erhalten wie vorher. Denn anderenfalls werden sie, durch die Not der Familie gedrängt, eine Minderung ihrer karglichen Existenz nicht ertragen wollen und dadurch, wie die Erfahrung lehrt, ihren schwangeren Zustand bis zum äußersten verbergen.

Bei stehender Beschäftigung empfiehlt es sich, daß sich die Frauen anstatt der Pantoffeln (Latschen) — wie es die Bilder im Volksmuseum für Frauenkunde, Berlin, zeigen — bequemer Schuhe, ähnlich unseren Sportschuhen, mit Sacken bedienen, um Plattfußbildung zu verhüten.

Bei stehender Arbeit ist auf die Körperhaltung erheblicher Wert zu legen; und auch hier zeigen die neuen technischen Arbeitsstühle mit beweglicher Rückenlehne, daß sich durch Zusammenarbeit aller Faktoren, der medizinischen und der technischen, erhebliche Verbesserungen einführen lassen. Ebenso wichtig wie die beweglichen Rückenlehnen sind bei Arbeiten stehender Art die Fußstützen. Alle körperlich anstrengende Arbeit ist den Frauen durch technische Fortschritte nach Möglichkeit so zu erleichtern, daß sie nicht übermäßige Muskelbeanspruchung erfordert. In Räumen mit zementiertem, zu kaltem Boden sind für die Arbeitsplätze Holzrosten zu fordern. Gegen die einseitige Muskelbeanspruchung beim dauernden Stehen oder Sitzen empfiehlt sich, wie das heute schon vielfach in großen Kaufhäusern und anderen Unternehmungen geschieht, in den Pausen sogenannte Ausgleichsübungen unter gymnastischer Leitung vornehmen zu lassen. Die Speiseräume und die Ruheräume müssen auch im Aussehen so gehalten werden, daß sie seelisch angenehm auf die Frauen wirken, da ja der Gesamteindruck eines Raumes auf das ganze Wohlbefinden einen guten oder schlechten Einfluß haben kann. Am besten ist es, wenn die Pausen — wo irgend möglich — in frischer Luft abgehalten werden, etwa in einem Hof, auf dem ein Rasenplatz angelegt ist, der zu Ballspiel oder ähnlichem auffordert. In Zeiten der Menstruation und der Schwangerschaft müssen Ruheräume mit Liegefasen vorhanden sein, um den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich in den Pausen entsprechend zu erholen. Ein wesentlicher Umstand, der gar nicht genug in hygienischer Hinsicht betont werden kann, ist die richtige Ausnützung der Freizeit, die, wie wir schon eingangs betonten, leider durch häusliche Pflichten bei der Frau beschränkt ist.

Im einzelnen Fall wird es zweckmäßig sein, die Beratungs- und Fürsorgestellen sowie die Ärzte nach zweckmäßiger, dem Einzelfall angepaßter hygienischer Betätigung zu befragen.

Professor Liepmann.

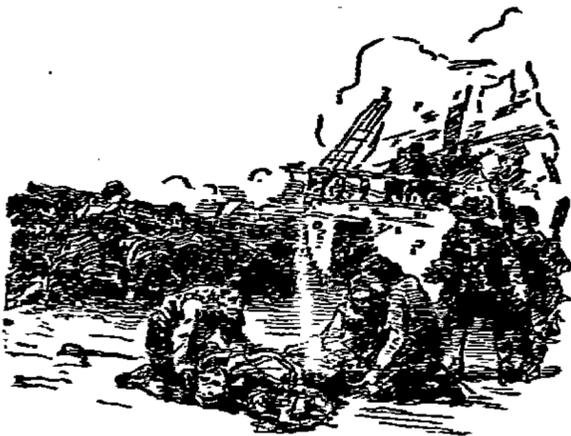
Bastel- und Handarbeiten

Das Pult für die Puppenstube.

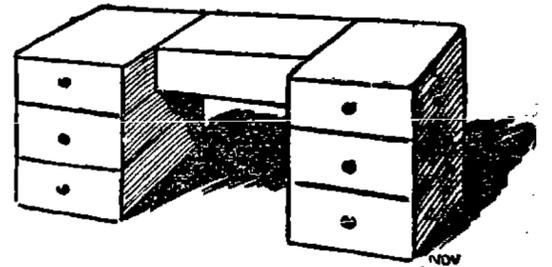
Bei gekauften Möbeln für Puppenstuben wird fast niemals ein Schreibpult vorhanden sein, an dem die Puppenmütter oder Väter ihre Briefschaften erledigen können. Man braucht dazu sieben leere Streichholz-

reich hatte im Mittelmeer seine Flotte ausgebaut und bedrohte Spanien. So hat es denn Holland um Entsendung einer Flotte — aber unter de Ruyter. Holland jagte zu. Jedoch in krämerlichem Geiste gab man dem Seehelden nur zwanzig Schiffe mit. Als er Warnungen aussprach, meinte einer der jungen Ratsherren, ob er denn Furcht habe. Da erhob sich der Alte und sagte ernst: „Ich habe für die Flagge der Generalstaaten schon gekämpft, als Em. Gnaden noch nicht geboren waren. Ich fange nicht an, den Mut sinken zu lassen. Ich wundere mich jedoch, daß den Herren die Flagge des Landes so wohlfeil ist. Aber wo die Generalstaaten ihre Flagge wagen, da wage ich auch mein Leben.“

Doller Todesahnungen hißte er im August 1675 seine Flagge auf der „Eintracht“. Am 29. April 1676 stirbt er im Kampf mit der französischen Flotte in der Bucht von Messina. Eine Kanonenkugel hatte ihm die Beine zertrümmert. Sterbend sah er den Sieg der holländisch-spanischen Flotte. Im Spätherbst geleitete der Rest der Flotte den toten Admiral in die Heimat, vorbei an den Küsten Frankreichs und Englands, von denen der Ehrensalut für den großen Gegner donnerte. Sein Herz ruht auf einer kleinen namenlosen Insel bei Sizilien, sein Leib in der Großen Kirche in Amsterdam, sein Gedächtnis in der Dankbarkeit seines Volkes. Denn er war ja nicht nur ein großer Seeheld; er war, was viel mehr wert ist, ein großer Mensch.



Schachteln, von denen je drei übereinander geleimt werden. Die siebente Schachtel kommt als Verbindung zwischen die beiden zusammengeleimten drei Schachteln, doch werden ihre Schmalseiten jeweils an die oberste der drei Streichholzschachteln geleimt. Aus der obenstehenden Abbildung erseht ihr, daß die Arbeit keine schwierige ist. Die Fächer werden schön mit weißem Papier austapeziert, der Schrank selbst wird mit braunem Papier beklebt. Jeder Schub erhält einen blanken Knopf, damit man ihn daran auf- und zuschieben kann. Bei mittleren großen Fächern wird die eine Wand ausgebrochen, damit man loses Papier hinein-schieben kann. Alle Streichholzschachteln werden rückwärts an ein Stück Pappe geklebt, es bildet die Rückwand und gibt dem Pult einen festeren Halt. Geschickte Hände können sogar aus Pappe noch einen Auffahrt fertigen.



M. T.

Bekanntmachung

Sonntag, den 22. Juni, ist der 26. Wochenbeitrag fällig.

Adressenveränderung.

Stuttgart. Ab 25. Juni lautet die Adresse der Bezirksleitung des südwestdeutschen Bezirks (Bezirk Stuttgart) und der Ortsverwaltung Stuttgart: Stuttgart, Neckarstraße 12 I. Telefon 26 689.

Bremen. Die Verwaltungsstelle Bremen ändert ab 1. Juli ihre Adresse, und zwar: Bremen, Langewieren 6.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Kotopfer, Staatsfinanzen und „wohlerworbene Rechte“ (G. W.), S. 385. Die christlichen Gewerkschaften zur gegenwärtigen Lage, S. 387. Nur Senkung der Eisenpreise! (K. Schmitz, 2. Verbandsvorsitzender), S. 388. Der Rahmentarifvertrag für Nordwest verbindlich (L. r.), S. 389. Die „Sicherheit“ der Spareinlagen bei den Betriebsparlassen (E. L., Bielefeld), S. 390. Die soziale Bedeutung und die erzieherischen Aufgaben der Erwerbslosenfreizeiten (Berufsberater W. Kiemer), S. 390. Unternehmer und Krankenversicherung (G. Ungert), S. 391.

Verbandsgebiet:

Aus unserem Erholungsheim „Glückauf“, Neuenahr (Heinrich Schaub, Duisburg), S. 393. Rechtshaupttätigkeit der Ortsverwaltung Köln (Ro.), S. 393. Jahreshauptversammlung zu Baunh (S.), S. 393. Frühjahrskonferenz in Dillingen (W. St.), S. 394. Auch in Chemnitz voran (W.), S. 394.

Aus den Betrieben:

„Deutsche Arbeiter“ als Verräter in eigener Sache (G.), S. 395.

Branchenbewegung:

Maschinenbauer-Betriebsvertreter-Kursus (M.), S. 396. Klempner und Installateure (P. S.), S. 396.

Unterhaltung:

Taras Bulba, der Kosakenhetmann (N. W. Gogol), S. 393. Für unsere Jungen: Michiel de Ruyter (Wie.), S. 399.

Frauenleben:

Wir Metallarbeiterfrauen und das Kotopfer (Berta Messer, Duisburg), S. 397. Das Tischgespräch und die Kinder (K. Weigel), S. 398. Von unseren Kindern und ihren Eigenschaften (Lisbeth Hanke, Breslau), S. 398. Frauen und Frauenhygiene (Professor Liepmann), S. 399. Etwas vom menschlichen „Gemüt“, S. 399. Bastel- und Handarbeiten (M. T.), S. 400.

Bekanntmachung:

Seite 400.

„Der Deutsche Metallarbeiter“ erscheint wöchentlich Samstags. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapeltor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Donnerstags abends 6 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten. — Anzeigenpreis: Die gespaltene Millimeterzeile für Arbeitssuchende 20 Reichspfennig, für Arbeitsangebote 40 Reichspfennig. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.